

NEHMT DAS

Warum man auch zur Demokratie Fragen haben kann

Was der Politik an Volksentscheiden gefällt

Wieso Sarrazin keine muslimischen MigrantInnen mag

Warum DemokratInnen nicht unbedingt AntifaschistInnen sind

Wie die deutsche Presse gegen Griechenland hetzt

Editorial

„Nehmt das“ ist ein (zunächst) einmaliges Zeitungsprojekt von den Falken Thüringen, der Basisgruppe Gesellschaftskritik Salzburg [geskrit], Junge Linke Nds., Initiativgruppen aus Bremen und Berlin. Die Zeitung ist ein Resultat der Beschäftigung mit Themen und Fragen rund um die parlamentarische Demokratie und der indirekten Demokratie (Volksbegehren/Volksentscheid). Dies war aber nur eine grobe Klammer, so dass auch ein Artikel zum antimuslimischen Rassismus und einer zur Hetze gegen Griechenland im Zuge der Eurokrise Platz gefunden haben.

Den geneigten LeserInnen wird auffallen, dass die Texte Demokratie nicht einfach abfeiern. Dass es Herrschaftsformen gibt, die ohne (ernsthafte) Wahlen Gewalt über Untertanen ausüben, halten wir für einen guten Grund für die Untertanen, sich diese Herrschaften vom Hals zu schaffen. Wir halten aber die Existenz von Diktaturen nicht für einen guten Grund, sich das Nachdenken über die Demokratie zu ersparen. Bei der Forderung nach (mehr) Mitbestimmung, halten wir es für wichtig, sich die Frage vorzulegen, wobei man eigentlich mitbestimmen will.

So kann man sich schon fragen, ob der Volksentscheid in Berlin, ob Religionsunterricht ein benotetes Fach oder weiterhin ein freiwilliges Zusatzangebot sein sollte, eine Wahl ist, bei der es überhaupt ein sinnvolles Angebot gibt. Weil wir Religion generell für eine schlechte Einstellung zur wirklichen Welt erachten, halten wir beide Varianten, den Predigern einen Zugang zur Jugend zu verschaffen, nicht für unterstützenswert.

Das heißt im Umkehrschluss nicht, dass wir Fans von Verboten wären. Vielmehr wollen wir mehr Diskussionen über die Sachen haben. Wir wollen mehr Fragen, die sich damit beschäftigen, was die Gründe von Konflikten sind und wie man Konflikte dann anders lösen kann als einfach durch Mehrheitsentscheidungen. Dies bedeutet auch, dass wir durchaus gerne mitbestimmen wollen, also Einfluss nehmen wollen - nur nicht bei jeder Sache so ohne weiteres.

Die AutorInnen

Inhalt

<i>Editorial</i>	2
<i>Impressum</i>	2
<i>Mitbestimmen, wobei?</i>	3
<i>Warum und wann lässt die Politik ihre BürgerInnen direkt bestimmen?</i>	6
<i>Antimuslimischer Kulturrassismus</i>	10
<i>Der Staat in der Krise – Demokratie, Diktatur oder lieber was dazwischen?</i>	15
<i>Die deutsche Presse und der Fall Griechenland</i>	19
<i>Vorstellung der Gruppen</i>	24



Mitbestimmen, wobei?

Wenn irgendwo über Demokratie diskutiert wird, fällt auf, dass sie dabei bereits immer schon als gut und damit als unhinterfragbar gesetzt ist. Diskutiert wird immer nur darüber, ob die Demokratie so wie sie ist ausreicht, ob man mehr Demokratie wagen muss, die Demokratie anders organisieren muss oder wie man die Menschen für die Demokratie gewinnt. Ob die Demokratie selber Haken und Ösen hat, diese Frage bleibt so in der Diskussion immer schon außen vor. Wird doch mal nach dem Nutzen der Demokratie für die Menschen gefragt, beispielsweise wie es angehen kann, dass im 21. Jahrhundert die Rente für viele Menschen einfach nicht sicher ist, dann finden sich verschiedene Antworten:

Die Ursachen für etwaige Missstände sind demgemäß nicht etwa im Wesen der Demokratie begründet, sondern einer fehlerhaften Verwirklichung der Demokratie durch das jeweils amtierende Herrschaftspersonal geschuldet. Armut hat nichts mit Demokratie zu tun, sondern mit deren schlechter Verwirklichung. Damit wird natürlich unterstellt, dass in einer guten Demokratie Armut keinen Platz hätte. Zu fragen wäre hier aber, ob damit die Demokratie nicht einfach idealisiert und der oftmals unschönen Wirklichkeit abstrakt entgegen gehalten wird.

Der britische Premierminister Winston Churchill war da etwas nüchterner: „Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen - abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.“ Diese Position ist weit verbreitet. Es wird gar nicht gesagt, dass mit der Demokratie alles in Ordnung sei. Auch sie hat ihre Nachteile. Verglichen mit anderen Regierungsformen sei sie aber immer noch das Beste, was zu haben ist. Hier wäre die Frage zu stellen, was dieser Vergleich eigentlich leistet und welche Schlechtigkeiten der Demokratie damit genau nachgesagt werden.

Churchill macht in seinem Vergleich aber auch keine Aussage über Armut und Regieren, sondern macht gleich das Regieren zum Ausgangspunkt seiner Aussage. Und das wissen irgendwie alle: Die in einer Demokratie lebenden Menschen bestim-

tun und zu lassen haben. Dies soll mittels der Wahl sicher gestellt werden, in der sich die Wählenden alle paar Jahre frei und ohne Rechenschaft über ihre Entscheidung ablegen zu müssen, für eine Partei entscheiden dürfen, der sie die bestmögliche Abwicklung der Staatsangelegenheiten am ehesten zutrauen.

Wenn sie aber wirklich über sich selbst bestimmen würden, wozu braucht es dann noch eine Regierung?

Fragen über Fragen, die in diesem Text diskutiert werden sollen.

Die Legitimation der Demokratie

Leute, die die Demokratie deshalb gut finden, weil es in ihr allen Menschen materiell einfach gut geht, finden sich heute kaum.¹ Dies wäre angesichts der prekären Lebens-

Die in einer Demokratie lebenden Menschen bestimmen selbst über ihre Geschicke...aber wozu braucht es dann noch eine Regierung?

men selbst über ihre Geschicke und bekommen nicht etwa von einem willkürlich agierenden Souverän vorgeschrieben, was sie zu

verhältnisse, in die die Menschen in Massen von staatlichen Verelendungskampagnen und Jobcentern getrieben werden, auch

eine kühne Behauptung. Bekannt ist stattdessen „Legitimität durch Verfahren“. Nicht der Inhalt der Entscheidungen, die das gesellschaftliche Leben betreffen, sondern die Form, wie diese Entscheidungen zu Stande kommen, bildet hier den Maßstab.

Mit diesem Bezugspunkt bekommt im Vergleich die Demokratie einen Pluspunkt zugesprochen. In anderen Herrschaftsformen wird einfach befohlen und man hat zu gehorchen. In der Demokratie dagegen – ja was? Da muss man ebenfalls gehorchen, wenn das Parlament ein neues Gesetz verabschiedet hat oder die Regierung eine neue Verordnung erlässt. Aber, und das macht den ganzen Pluspunkt aus: In der Demokratie kann man Einfluss nehmen auf dasjenige, dem man dann zu gehorchen hat.

Die Wahl als Mittel der politischen Partizipation?

Wer es erst einmal gut findet, dass man beim Regiertwerden mitbestimmen darf, der hat natürlich auch eingekauft, dass seine Bedürfnisse nicht gehört und beachtet werden, ja dass sie sogar von der Regierung zurückgewiesen werden. Gesellschaftliche Konflikte werden dann auch nicht mehr danach befragt, ob man sie nicht lösen könnte. Vielleicht gäbe es einen Kompromiss, vielleicht sind aber auch beide Konfliktpositionen blöd, so dass man sich Mühe geben sollte beide Seiten zu überzeugen, von ihrem Standpunkt Abstand zu nehmen. Wer Demokratie wegen des Verfahrens über alles lobt, der findet dann auch die darin stattfindende Herrschaft prinzipiell legitim. Sie darf dann die Konflikte herrschaftlich regeln, das wird anerkannt. Das viele Konflikte dann erst durch die Politik entstehen, ist schon wieder aus dem Blickfeld.

Weil die Politik dann auch letztlich alles bestimmt beziehungsweise bestimmen kann und von ihren Entscheidungen so viel abhängt, kommen die Menschen dann auch gar nicht mehr darauf, sich gesellschaftliche Konfliktlösungen anders vorzustellen als durch einen Ruf nach neuen Gesetzen.

Doch worüber wird bei einer Wahl überhaupt abgestimmt? Grundlegende Prinzipien, wie etwa die herrschende kapitalistische Produktionsweise für einen anonymen Markt (und nicht etwa für die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen) erst einmal nicht. Die politischen Ämter, Parlamentssitze und eine Bundesregierung stehen ebenfalls nicht zur Wahl. Zur Wahl stehen Parteien und Politiker, die gewillt sind, die schon feststehenden Ämter zu besetzen. Diese Ämter haben noch vor jeder Wahl den Inhalt, den möglichst reibungslos

sen Ablauf dieser Produktionsweise zu garantieren. Das steht nicht zur Wahl.

Die Politik stellt den Rahmen für das Funktionieren der Warenproduktion und der kapitalistischen Geldvermehrung, als dass sie notwendige Voraussetzungen, wie etwa das Prinzip des Eigentums garantiert. Der damit einhergehende Ausschluss von Menschen an Dingen, die sie für ihre Bedürfnisbefriedigung benötigen, wird ins Recht gesetzt. Sie sorgt dafür, dass diejenigen, die sich über die ins Recht gesetzten gesellschaftlichen Verhältnisse hinwegsetzen, dafür belangt werden und somit der vorherrschende Zustand verewigt wird. Somit wetteifern die angetretenen Parteien darum, das beste Konzept zur Verwirklichung

Man sollte sich auch immer überlegen, was schon alles unterstellt ist und was daher nicht zu Wahl steht. Denn mit der Wahl unterschreibt man alles, was nicht zur Wahl stand.

der genannten Zwecke in petto zu haben. Welche Partei das machen darf, darauf hat man in der Wahl Einfluss.

Worauf hier hingewiesen werden soll: Bei jeder Wahl sollte man nicht einfach in Freude darüber ausbrechen, dass man mitbestimmen kann. Man sollte sich auch immer überlegen, was schon alles unterstellt ist und was daher nicht zu Wahl steht. Denn mit der Wahl unterschreibt man alles, was nicht zur Wahl stand. Sind die Möglichkeiten zur Veränderung des Bestehenden, die einer Wahl inhärent sind, so groß? Erwirbt man sich bei den Wahlen ein hohes Maß an Freiheit oder vielmehr eine Verpflichtung auf das Regiert-Werden? Ist der Einfluss bei der Wahl das Entscheidende oder ist der Witz die Zustimmung zum Regiert-Werden, was ja dann heißt, dass man gerade nicht entscheidet, sondern andere?

Noch dazu ist die von den WählerInnen mittels der Stimmabgabe gesendete Botschaft an die Gewählten von letztgenannten mitnichten zu dechiffrieren. Woher auch sollen sie ein Wissen darüber haben, aus welchem Grund sie von wem gewählt wurden? Entscheidend ist einzig die Quantität der auf die jeweilige Partei entfallenden Stimmen – das Befinden über die eigentliche Botschaft der Wählenden obliegt schließlich weitestgehend den gewählten Parteien.

Demokratie zum Mitmachen

Zuweilen fordern verschiedene Initiativen und Verbände mehr Mitbestimmung der

BürgerInnen in der Politik und meinen, somit das Konzept der Demokratie zu veredeln. So wollen sie weg von einer bloß zuschauenden Rolle und hin zu einer, in der sie ihre Geschicke selber in die Hand nehmen.

Verdeutlichen lässt sich dies an der 2011 durchgeführten Volksabstimmung in Baden-Württemberg zum Thema „Stuttgart 21“. Nach monatelangen Protesten gegen den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofes zu einem unterirdischen Durchgangsbahnhof leitete die Landesregierung eine Volksabstimmung in die Wege, die endlich Klarheit schaffen sollte. Das Ergebnis dieser Abstimmung war für die Gegner des Projektes jedoch ernüchternd: Sie erreichten ihr Ziel, den Bau des unterirdischen Durch-

gangsbahnhofs zu verhindern, nicht. Eine Revolte nach Bekanntwerden dieses Ergebnisses blieb indes aus. Schließlich hatte man sich korrekt an das Verfahren gehalten. Deshalb zeigten sich die Gegner des Projektes nun auch willfährig bereit, die Proteste einzustellen und sich dem Willen der Allgemeinheit zu fügen.

Der Modus, mittels dessen diese Forderung realisiert werden soll, ist die direkte Demokratie oder die Volksabstimmung. Das Volk soll also unmittelbar abstim-





men über politische Sachfragen. Doch auch diesem Verfahren ist es ähnlich der Wahl inhärent, dass es kaum möglich ist, mittels einer schlichten Ja/Nein-Positionierung zu einem Sachverhalt inhaltlich Stellung zu beziehen. Es gilt nun als ausgemacht, dass diese unmittelbare Abstimmung besser sei als eine „Zuschauerdemokratie“. An der grundlegenden Funktionsweise ändert dies jedoch nichts. Auch etwa mittels einer Volksabstimmung steht letztendlich eine Unterordnung des Einzelnen unter einen Souverän, der das Ergebnis schließlich prak-

sondern lediglich darum, einen anderen autoritären Modus der Entscheidungsfindung zu etablieren.

Individuelles Leiden im gesellschaftlichen Entstehungszusammenhang

Somit wird auch ersichtlich, dass ein individuelles Leiden stets gesellschaftlich verursacht ist und nur als solches, also in seinem gesellschaftlichen Entstehungszusammenhang, sinnvoll erkannt werden

die Politik ihnen Beine machen sollte, wird unterstellt, das man es als Einzelner auch in der Hand hat, in dieser Gesellschaft von seiner Arbeit leben zu können. Die Gemeinschaft, dass gerade die gesellschaftliche Entwicklung von zunehmender Technisierung und Effektivierung von Arbeitsabläufen, immer mehr Güter auf einer Grundlage von immer weniger zu verausgabender Arbeitskraft produzieren kann und gerade dies die Leute arbeitslos macht, ist abgehakt.

¹ Das war nicht immer so: Das revolutionäre Bürgertum verband in seiner Kritik des Adels die Vorstellung der Demokratie durchaus mit bestimmten Inhalten: In einer bürgerlichen Gesellschaft von freien und gleichen sollten alle durch gleichen Tausch wohlhabend werden können und wenn das Volk durch Wahlen an der Regierung beteiligt wäre, würde das garantieren, dass nicht gegen die Interessen der Bevölkerung, sondern vernünftig und im Sinne des Allgemeinwohls regiert werden würde. Als sich die Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft an ihren eigenen Ansprüchen, nachdem sie einmal durchgesetzt waren, notwendig blamierte, wurden aus einem Teil der revolutionären Bürger die Linke und der andere gab – eben mit Verweis darauf, dass die eigenen Ansprüche von den Sozialisten gegen einen selbst verwendet würden, diese Ansprüche auf. Die Linken begnügen sich seit dem damit die kapitalistische Wirklichkeit an den alten Ansprüchen der Bürger moralisch zu blamieren, die diese längst mehrheitlich mehr oder weniger offen aufgegeben haben. Marx weist dagegen bereits auf die Notwendigkeit hin, die Welt nicht bloß zu beurteilen, sondern sie zunächst zu verstehen und auf den notwendigen Zusammenhang von Ideal und Wirklichkeit im Kapitalismus, die nicht gegeneinander eingeklagt werden könnten.

Es geht also bei „mehr Demokratie“ nicht darum, sich zu verständigen, wie die Bedürfnisse der Menschen befriedigt werden können, sondern darum, einen anderen autoritären Modus der Entscheidungsfindung zu etablieren.

tisch ins Werk setzt. Ob man nun mit einer Entscheidung unzufrieden ist, die eine regierende Partei getroffen hat oder etwa mit einer, die mittels einer Volksabstimmung generiert wurde, macht in letzter Instanz keinen Unterschied. Es geht also auch bei der Forderung nach „mehr Demokratie“ nicht darum, sich gemeinsam darüber zu verständigen, wie die Bedürfnisse der Menschen sinnvoll befriedigt werden können,

kann. Die privaten Probleme der Menschen sind demnach einzig zu lösen im Kontext einer gesellschaftlichen Vermittlung, die sie überhaupt erst hervorbringen; als eine gesellschaftliche Frage in der ersichtlich wird, dass individuelle Interessen stets auch gesellschaftliche Interessen sind. Reduzieren sich etwa Ansätze zur Bekämpfung von Armut darauf, dass die Armen beispielsweise nur zu faul seien arbeiten zu gehen und



Warum und wann lässt die Politik ihre BürgerInnen direkt bestimmen?

I. Die indirekte Demokratie...

Die normale bürgerliche Demokratie läuft so: Leute wählen Abgeordnete; und damit ist die Bürgerbeteiligung auch schon zu Ende. Zwar sollen sich alle engagieren, gerne auch in Parteien, eine Meinung haben und äußern dürfen – aber an mehr ist nicht gedacht. Sondern Unterordnung ist gefragt unter die Entscheidungen der gewählten MachthaberInnen. Wenn diese z.B. beschließen, dass ein Arztbesuch 10€ zusätzlich kostet, dann müssen sich alle dran halten. Wenn die Politik z.B. beschließt, dass mit dem Iran kein Handel mehr betrieben werden darf, dann müssen sich die Unternehmen dran halten. Wer sich nicht dran hält, bekommt es mit der Justiz zu tun.

Demokratie ist dann die Auswahl zwischen verschiedenen Parteien bzw. Po-

litikerInnen, welche vorgegebene Ämter, also Parlamentssitze und Regierungsposten besetzen wollen. Diese Auswahl wird von den Parteien als Konkurrenz ausgetragen. Bei der Wahl treten sie gegeneinander an und machen im Vorfeld Werbung für sich.

Parteien behaupten für alle das Bestmögliche herbeizuregieren zu wollen. Zugleich machen sie deutlich: Das geht nur, wenn man die BürgerInnen beschränkt.

Die CDU ist eine Partei unter anderen, hat ein besonderes politisches Programm, das sich mehr oder weniger von dem der anderen Parteien unterscheidet. Sie behauptet dabei, dass ihr partikulares, also besonderes Programm, das Allgemeinwohl sei. Die Linkspartei behauptet das Gleiche. Ihr

besonderes Programm habe das Allgemeinwohl zum Inhalt. Wechselseitig werfen sich beide Parteien dann vor, sie würden gar nicht das Allgemeinwohl vertreten, sondern nur besondere Einzelinteressen. Das geht beispielsweise so: Die Konservativen

argumentieren z.B.: „Wir alle hängen davon ab, dass es den Unternehmen gut geht. Wir müssen also den Kündigungsschutz lockern, damit die Unternehmen freier kalkulieren können. Das zahlt sich letztlich auch für die Lohnabhängigen aus, die dann insgesamt mehr eingestellt werden.“ Die

Linkspartei argumentiert vielleicht so: „Wir müssen Mindestlöhne einführen, weil sonst viele Lohnabhängige von ihrer Arbeit nicht leben können und dann muss immer der Staat bzw. der Steuerzahler Geld zuschießen. Das ist nicht gut für uns. Mindestlöhne würden zudem die Nachfrage steigern, was gut für die Unternehmen wäre.“ Beide Parteien behaupten für alle zu sprechen, für das

fen der kapitalistischen Konkurrenz gegen die einzelnen KonkurrentInnen besonders gut durchsetzen kann, weil sie eben von den ganzen KonkurrenzteilnehmerInnen dazu ermächtigt worden ist. Ob ArbeiterInnen oder KapitalistInnen, der Staat fordert alle BürgerInnen alle vier, fünf Jahre zur Ermächtigung auf, das Allgemeinwohl gegen die Privatinteressen durchsetzen zu dürfen.

mit ihrem Programm an die Macht, müssen die Lohnabhängigen ersteinmal schlucken. Aber auch die Unternehmen merken, dass der Kündigungsschutz nur gelockert, nicht aber abgeschafft wurde, wenn sie für ihren Gewinn die ArbeiterInnen flexibel einstellen und entlassen wollen. Kommt die Linkspartei mit ihrem Programm an die Macht, ärgern sich die Unternehmen, aber auch

Bei der Aufgabe, die die Politik hat, ist Unmut vorprogrammiert.

„Wir“ oder für „uns“ und haben doch einigermaßen verschiedene Programmpunkte. Wechselseitig denunzieren sie sich jetzt im Wahlkampf: Die CDU sagt: „Die Linkspartei vertritt gar nicht das Allgemeinwohl, sondern bevorzugt immer die Lohnabhängigen und gefährdet damit den Erfolg des Gesellschaft“ Die Linkspartei sagt dann: „Die CDU vertritt gar nicht das Allgemeinwohl, sondern bevorzugt immer die Unternehmen und gefährdet damit die Gesellschaft.“ Den Vorwurf weisen dann beide Parteien von sich. Die CDU sagt: „Nein, wir fördern die Unternehmen nicht, weil wir die so gerne bevorzugen, sondern nur, weil dies jetzt für die Gesellschaft insgesamt gut wäre.“ Genauso macht es dann die Linkspartei. Auch sie tritt dem Verdacht entgegen sie würden die Lohnabhängigen fördern, weil sie die bevorzugen will. Sie macht deutlich, dass sie die Lohnabhängigen wegen der Gesellschaft insgesamt fördern will.

Beide Parteien behaupten für alle das Bestmögliche herbeiregieren zu wollen. Zugleich machen beide Parteien deutlich: Das geht nur, wenn man die BürgerInnen beschränkt. Im obigen Beispiel will die CDU den ArbeiterInnen ein paar bisher vorhandene Rechte gegen die Unternehmer wegnehmen. Zugleich soll der Kündigungsschutz nur gelockert, aber nicht vollkommen abgeschafft werden. Die bislang vorhandenen Beschränkungen für Unternehmen beim Kündigen werden also gemindert, es bleiben aber auch für die Unternehmen Beschränkungen vorhanden. Die Linkspartei will die Unternehmen in ihrer Lohnkalkulation einschränken. Beträgt der angedachte Mindestlohn 10 Euro pro Stunde heißt das zugleich, dass sie den Unternehmen durchaus erlauben will, ArbeiterInnen mit so einem niedrigen Betrag abzuspeisen.

Beide Parteien bewerben sich um Ämter, in denen man die Regeln der Gesellschaft bestimmen darf. Sie bewerben sich um Herrschaftsposten, in denen dann Sachen beschlossen werden, die immer auch gegen die Interessen der BürgerInnen gehen.

Demokratie ist damit eine Ordnung, die das allgemeine Interesse am Lau-

Die Konkurrenz um Wählerstimmen soll sicher stellen, dass alle BürgerInnen sich auch angemessen repräsentiert fühlen und die StaatsagentInnen zwingen, auch tatsächlich nur das Staatswohl im Auge zu haben.

II. ... und ihre Probleme

Bei der Aufgabe, die die Politik hat, ist Unmut vorprogrammiert. Kommt die CDU

einige Lohnabhängige werden nicht froh sein. 10 Euro mögen mehr als die bisher gezahlten 7 Euro sein, aber ist man damit seine Sorgen los? Vor allem, wenn dann die Unternehmen sich doch entscheiden, einen lieber zu entlassen, weil das Geschäftsmodell mit 10 Euro Mindestlohn nicht mehr klappt.

Zudem ist klar: Alle Parteien werben damit das Allgemeinwohl nach vorne zu bringen und nicht einzelne BürgerIn-



nen besser zu stellen. Sind die Parteien an der Macht, ziehen sie nochmal Bilanz und da stellt sich nicht selten raus, dass das Wahlprogramm doch etwas optimistisch ausgefallen ist. Ein Wirtschaftssenator der Linkspartei rechnet dem Sozialsenator der Linkspartei nochmal vor, wie viele Arbeitsplätze doch in Gefahr sind, wenn der Mindestlohn derart erhöht werden würde. Nur dem Allgemeinwohl verpflichtet, wird das Projekt dann ganz gestrichen oder aber in abgespeckter Form umgesetzt. Von Koalitionsverhandlungen ganz zu schweigen, in denen die Parteien von einigen Projekten Abstand nehmen, weil sie nur zusammen mit einem Koalitionspartner an die Macht kommen und dafür Kompromisse machen müssen.

Die BürgerInnen sind also notorisch sauer, weil die Politik tut, wozu die BürgerInnen die Politik ermächtigt haben – nämlich das Interesse der BürgerInnen am Funktionieren der Gesellschaft durchzusetzen gegen die BürgerInnen. Deren borniertes Interesse am Erfolg bei der Konkurrenz um den gesellschaftlichen Reichtum ist ihnen zwar durch Gesetze vorgeschrieben (Privateigentum usw.) gerät aber häufig in Konflikt mit dem politischen Interesse am Erhalt der Gesellschaft.

Mit der Unzufriedenheit kann man bis zur nächsten Wahl warten und auf eine alternative Regierung setzen. Man kann auch ein geringeres Ziel haben und einfach der Regierung einen „Denkzettel“ verpassen wollen. Wird der Unmut auf die Politik aber bei keiner Oppositionspartei heimisch, setzt sich gar die sachlich richtige, aber fast nie kritisch gemeinte Einsicht durch, die Parteien unterschieden sich doch gar nicht („die da oben machen ja doch was sie wol-

Die Profis der Politik unterstellen den AmateurpolitikerInnen, dass ihnen der Blick fürs Große und Ganze fehlt.

len“ usw.). Dann hat die Demokratie zwar nicht sofort ein Problem, wünschenswert ist dieser Zustand für ein stabiles Regieren auf Dauer aber nicht. Denn dann klappt das Einschwören auf die Politik qua Stimmabgabe nicht mehr und die behauptete Identität von BürgerInnenwillen und politischem Handeln kommt in Gefahr. Das heißt dann auf bundesdeutsch „Parteienverdrossenheit“ oder gar „Politikverdrossenheit“. Immer mehr BürgerInnen verzichten ganz auf das Wählen. Das bedeutet nicht, dass sich hier ein immer größerer Haufen von anarchistisch gesinnter Menschen ansammelt. Es sind BürgerInnen, die BürgerInnen blei-



ben wollen, aber zunehmend desinteressiert sind an dem Angebot, bei der parlamentarischen Demokratie durch die Wahl mitzubestimmen. Dass Leute gar nicht wählen wollen, ist eine Konsequenz aus der indirekten Demokratie. PolitikerInnen und andere besorgte Menschen meinen dagegen, dass die

Möglichkeit seine Meinung formalisiert zu sagen, die berühmten „Volksbegehren“ und „Volksentscheide“. Dieses Belebungsmittel für die parlamentarische Demokratie ist der Sache nach häufig belanglos – im Regelfall muss sich die Regierung nicht dran halten, es darf keine Auswirkungen auf den Staatshaushalt haben, und manchmal zwingt man dem Parlament mit dem ganzen Aufwand auch nur eine zusätzliche Debatte auf. Aber es soll ernsthaft symbolisieren: Der Politik ist die Meinung der BürgerInnen nicht egal. Die Ernte dieser symbolischen Bemühungen sollen die Parteien einfahren.

Klar ist, dass Volksbegehren, aber auch Volksabstimmungen immer auch als Mittel der Parteienkonkurrenz genutzt werden: Indem sich eine Regierung ein „Ja“ gegen eine lautstarke Opposition holt, in dem die Opposition die Regierung in Bedrängnis bringt oder indem man irgendeine Frage gleichzeitig mit der Wahl zur Wahl stellt, und so die „richtigen“ Leute an die Wahlurne motiviert. (In den USA gerne, in dem man die Homo-Ehe verbieten will, das treibt das fromme Christenvolk dann doch an die Wahlurnen)

Nun sind die Leute zwar bescheuert, aber doch nicht doof: Und wenn der Regierende Bürgermeister von Berlin erklärt,

Politikverdrossenheit daran läge, dass die Menschen immer nur alle vier Jahre gefragt sind und dass ein Kreuz machen, dass nur einen Einfluss nimmt auf Postenbesetzung, aber auf keine Sachfrage, zuwenig sei. Daher kommen sie auf ergänzende Maßnahmen, eine ist das Volksbegehren bzw. der Volksentscheid.

III. Direkte Demokratie als Ergänzung und Mittel der Parteienkonkurrenz

In vielen Staaten und in immer mehr Bundesländern Deutschlands erhält das Volk die

dass ihm piepegal ist, wieviel Leute dafür stimmen, dass ein überalterter Stadtflughafen noch zwei Jahre länger aufbleibt, dann kapieren auch genug HauptstadtbewohnerInnen, dass der Gang zum Tempelhof-Volksbegehren sich nicht lohnt. Nur: DAS ist nun eigentlich nicht der Sinn der Sache. Und bestätigt die BürgerInnen in ihrer schlechten Meinung. Und führt dann ab und zu zum neidischen Blick über die Landesgrenzen, in die Schweiz, die USA, Irland usw. – wo die BürgerInnen über alle wichtigen Fragen entscheiden können.

IV. Direkte Demokratie als Korrektiv: Verpflichtung von Politik und Volk auf das Allgemeinwohl

Über alle? Das entscheidet immer noch die Politik. In vielen Staaten, der Europäischen Union beispielsweise, hat sich das Staatspersonal 2006 – 2008 entschieden, seine BürgerInnen über die EU-Reform nicht mehr abstimmen zu lassen, nachdem die Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden so grandios in die Hose gegangen sind. Die Profis der Politik unterstellen den AmateurpolitikerInnen, dass ihnen der Blick fürs Große und Ganze fehlt, dass sie nicht die Sache der Nation als einzigen Gesichtspunkt haben, dass sie zu desinteressiert und desinformiert sind, um sie wirklich bestimmen zu lassen. Das kann man aber – und das tun PolitikerInnen auch – genau anders herum sehen: Nämlich dass die regelmäßige Befragung der BürgerInnen bei denen Verantwortungsbewusstsein und Interesse stiftet und sie zu guten NationalistInnen erzieht. Denn die Gefahr ist allen StaatsagentInnen schon klar: Dass wenn die Politik sich zu weit von der Volksmeinung entfernt, der Unwille zu groß ist, der Politik die Legitimität bei ihrem harten Job flöten geht und die Gesellschaft vielleicht nicht gleich revolutionär oder faschistisch umgestaltet wird, wohl aber zunehmend außer Kontrolle gerät, weil mit der Politik auch der Staat nicht mehr respektiert wird. Darum gibt es Länder, die im Interesse der Stabilität, die Handlungsmöglichkeiten der Parteienpolitik einschränken, in dem sie direkt Volkes Willen erfragen. Das ist für die

gewählten VolksvertreterInnen oftmals ärgerlich: Da führt Dänemark den Euro nicht ein, die Schweiz tritt nicht dem EWR bei und die ganze schöne EU-Verfassung muss neu verhandelt werden – aber die BürgerInnen sagen noch in ihrem „Nein“ zu konkreten Projekten ihrer Politik „Ja“ zum Regieren überhaupt, „Ja“ zu ihrer Unterordnung, „Ja“ zu all den Gemeinheiten des kapitalistischen Alltags.

V. Wenn's fürs Schweizervolk zum Rütli-Schwur kommt

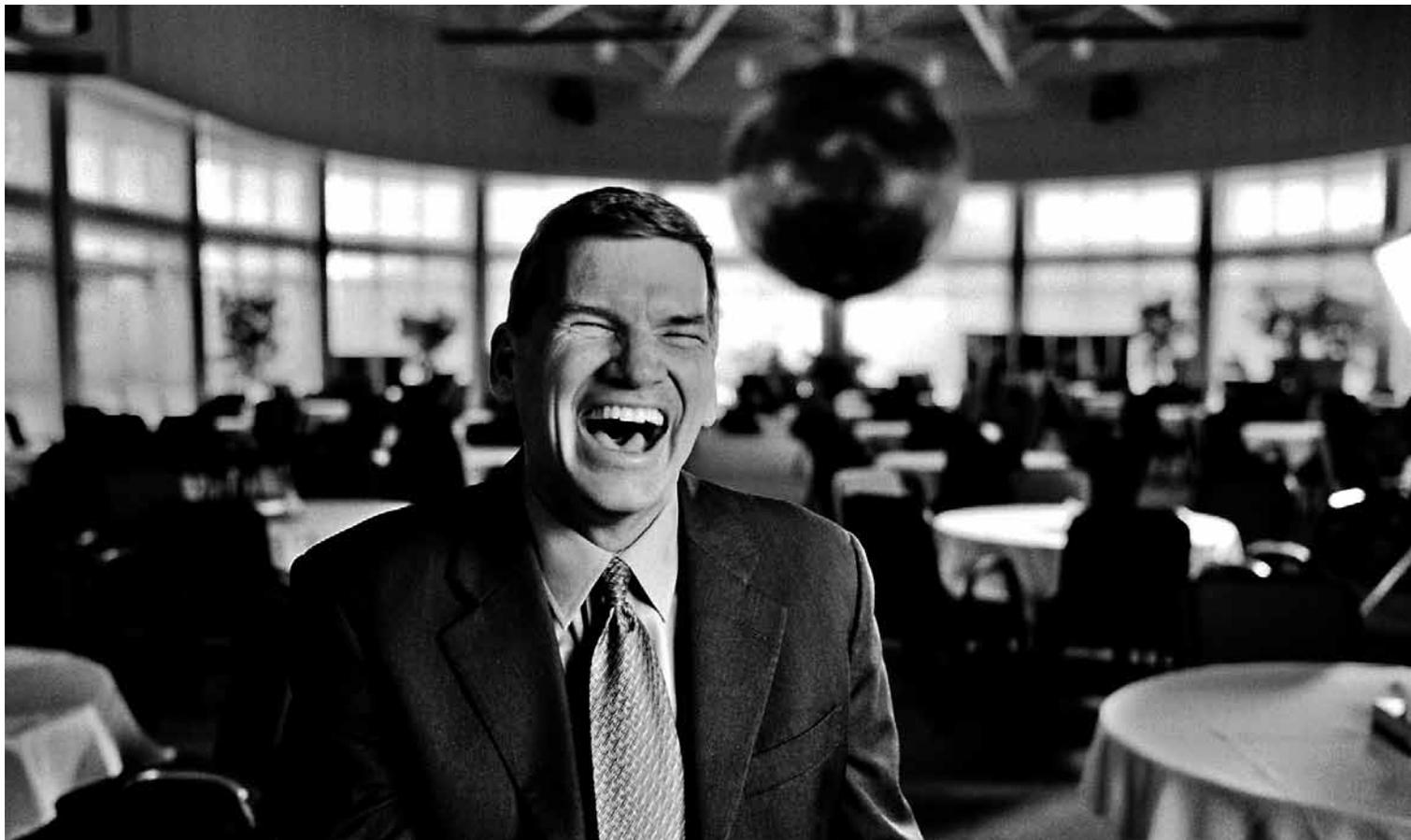
In der Schweiz, so würden wir sagen, hat die ganze Sache aber noch eine zusätzliche Korrektivfunktion, was vielleicht auch das ungewöhnlich hohe Ausmaß des direkten Volksbestimmens erklärt. In der Schweiz war nämlich bis vor Kurzem die Parteienkonkurrenz um Wählerstimmen zur Ermittlung der StaatsagentInnen weitgehend stillgelegt. Die Allparteienregierung („Konkordanzmodell“) sorgte dafür, dass vom eigentlichen Wahlakt nicht allzu viel abhing, weil bis auf ein paar Verschiebungen sowieso alle relevanten Parteien in die Regierung und damit die Regierungsdisziplin eingebunden waren. Eine relevante Oppositionspartei, die im Parlament und bei der Wahl gegen die Regierung Werbung machte, gab es damit nicht. Die Stabilität dieser

als automatisch wirkende Rücksichtspflichtung auf alle Volksteile (ähnliche Regelungen gibt es auch im Wahlrecht der BRD mit dem ganzen Erststimmen-Akt, den drei Direktmandaten usw.) und/oder Einschwören des ganzen Schweizervolks auf die Einheit der Politik gegen aller Sonderbündlerei. Heute wirkt es als permanentes Korrektiv, das dafür sorgt, dass die Politik ihrer Funktion als ideeller Gesamtkapitalist nachkommen kann, d.h. nur die nationale, kapitalistische Gesamtentwicklung im Auge zu behalten, wofür immer auch Politik gegen einzelne Interessen, Branchen oder eben auch Regionen gemacht werden muss. Das Korrektiv der Volksabstimmungen besteht dann darin, dass die Regierung dabei keine allzu großen Legitimationsverluste als ideeller Gesamtschweizer (gegen den Verdacht, eine Region dominiert in der Zentralregierung die anderen Regionen) zu erleiden hat oder gar das Volk am Schweizer-Sein zweifeln lässt. Und im Regelfall zeigen die BürgerInnen der helvetischen Konföderation, dass die Politik keinen Fehler macht, wenn sie fragen lässt, wie sie den Interessen der BürgerInnen denn nun genau Gewalt antun soll. So entschieden sich im März 2012 die Schweizer BürgerInnen, die auch dort mehrheitlich aus Lohnabhängigen bestehen, in einem Volksentscheid gegen eine Ausweitung des gesetzlichen Urlaubsanspruches. Die schweizer ArbeiterInnen scheinen die

So entschieden sich im März 2012 die Schweizer BürgerInnen, die auch dort mehrheitlich aus Lohnabhängigen bestehen, in einem Volksentscheid gegen eine Ausweitung des gesetzlichen Urlaubsanspruches.

Form des Regierens hat aber eben gerade den Nachteil, dass der Volkswillen von der Regierung nicht wichtig genommen werden muss – und entsprechende Entfremdungserscheinungen zwischen Volk und Politik auftauchen könnten. Historisch mag die ganze Volksabstimmerei in der Schweiz wegen der konfessionellen und sprachlichen Unterschiede entstanden sein, sozusagen

Lektion gelernt zu haben, dass man seine Interessen zurücknehmen muss, damit der Gesamtladen sich in der Standortkonkurrenz durchsetzen kann. Nur darin sehen sie die Möglichkeit, dass ihre ArbeiterInneninteressen zum Zuge kommen können. Schade.



Antimuslimischer Kulturrassismus

In allen europäischen Ländern gibt es ein neues Gespenst, das für den Untergang der abendländischen Kultur Sorge. Migration und Bevölkerungsentwicklung Sorge für eine schleichende Islamisierung der Gesellschaften. In der Schweiz, dem Musterland der Volksentscheide, stimmte die Bevölkerung 2009 für ein Verbot des Baus von weiteren Minaretten. In Deutschland tritt die „Pro-Bewegung“ gegen das Gespenst an und fordert ebenfalls Volksabstimmungen. Anhand von Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ soll im Folgenden nochmal sortiert werden, was gegen Muslime in Europa ins Feld geführt wird und wie man das kritisieren sollte und wie nicht.

Sarrazin hat was grundsätzlich gegen MigrantInnen mit muslimischen Hintergrund in Deutschland. Damit meint er Menschen, die aus der Türkei, Afrika und Nah- und Mittelost, kommen. Die seien „zu mehr als 95 Prozent muslimischen Glaubens“. (260)¹ Damit sind nicht nur die Menschen

gemeint, die persönlich nach Deutschland gezogen sind, sondern auch die zweite und dritte Generation, also Kinder und Enkel mit deutschem Pass von Menschen, die in den 60er und 70ern hergezogen sind. Seine Abneigung diesen Menschen gegenüber hat zwei Seiten. Auf der einen Seite behauptet er, sie würden die deutsche Ökonomie nur belasten. Sie seien kein Beitrag für das deutsche Wirtschaftswachstum, sondern sogar ein Abtrag. Auf der anderen Seite wirft er ihnen vor, die eigentlich deutsche Kultur zu untergraben und so Deutschland zu schwächen. Diese beiden Seiten haben etwas miteinander zu tun, es lohnt sich aber, sie mal auseinanderzuhalten und getrennt zu kritisieren.

Nützlich und Unnütz für Deutschland Teil 1 – Der direkte Nutzen für die deutsche Wirtschaft

Zum ersten misst Sarrazin diese Menschengruppe entlang der Frage, was braucht Deutschland für seinen ökonomischen Er-

folg an Menschen? Daran gemessen, meint Sarrazin, dass die MigrantInnen mit muslimischem Hintergrund viele schlechte Ergebnisse erzielen:

„In allen betroffenen Ländern (...) macht man bei der Gruppe der muslimischen Migranten vergleichbare Beobachtungen, nämlich:
- *unterdurchschnittliche Integration in den Arbeitsmarkt*
- *überdurchschnittliche Abhängigkeit von Sozialtransfers*
- *unterdurchschnittliche Bildungsbeteiligung (...)*“ (264)

Verglichen mit dem Rest der Bevölkerung, so stellt es sich für Sarrazin in den Statistiken dar, haben muslimische MigrantInnen häufiger keinen Job. Schon so zeigt sich, dass sie für Deutschland nicht im gleichem Maße nützlich sind wie der Rest der Bevölkerung.

Spiegelbildlich sind sie deswegen relativ mehr auf Sozialstaatsmittel angewiesen. Sozialstaatsabhängige Kosten aber nur und belasten den Standort, weil Steuern

und Lohnnebenkosten die wirklich nützliche Ökonomie der Unternehmen belastet. Der Grad der Bildung, also der erreichte Abschluss, z.B. Haupt-, Realschule oder Gymnasium, gilt für Sarrazin wie für alle derzeitigen Parteien als die Voraussetzung für einen späteren Job. Hier findet Sarrazin in seinen aufgeführten Statistiken Hinweise, dass muslimische MigrantInnen vergleichsweise mehr SchulabbrecherInnen und HauptschülerInnen aufweisen und

Auffällig ist, dass Sarrazin für die Beurteilung der Menschen wirtschaftliche Nützlichkeitsmaßstäbe anführt, die noch jede Zeitung und jedeR PolitikerIn beherrscht.

vergleichsweise weniger AbiturientInnen. Nicht erst im tatsächlichen Arbeitsleben belasten sie die Ökonomie mehr als dass sie nützlich seien, sondern schon in der Vorbereitung darauf erweist sich diese Gruppe als potentiell später belastend.

Sarrazin kommt zu dem Schluss, dass die MigrantInnen mit muslimischen Hintergrund insgesamt Deutschland ökonomisch mehr belasten als dass sie Deutschland was einbringen.

„Wirtschaftlich brauchen wir die muslimische Migration in Europa nicht.“ (267)

Auffällig ist, dass Sarrazin für die Beurteilung der Menschen wirtschaftliche Nützlichkeitsmaßstäbe anführt, die noch jede Zeitung und jedeR PolitikerIn beherrscht. „Wir brauchen Wirtschaftswachstum“ heißt es und dafür rangieren Menschen, die viel Geld besitzen und investieren wollen, als die nützlichsten aller BürgerInnen. Beschäftigte LohnarbeiterInnen finden auch alle toll, wenn sie nicht zu viel Geld verlangen und lange und intensiv für die Unternehmen arbeiten. Arbeitslose dagegen sind schlecht, die bringen kein Geld sondern kosten nur Geld. In den Debatten über die Bildung wird das Ganze ebenfalls so diskutiert: Wer wird später eher eine Belastung, wer wird später eher mal ein nützliches Mitglied der Gesellschaft.

Die Beurteilung von AusländerInnen nach nützlich oder nicht nützlich für Deutschland gehorcht zum einen den Kriterien einer kapitalistischen Ökonomie, die sich zum Wohle der Macht des deutschen Staates gegen die Konkurrenz in den anderen Staaten durchsetzen, also wachsen soll.

Insofern unterscheidet sich die Behandlung der InländerInnen und AusländerInnen erst einmal nicht. Die Menschen sollen zum Bedarf der kapitalistischen Ge-

sellschaft passend gemacht werden, nicht die Wirtschaft dem Bedarf der Menschen. In einer rationalen Ökonomie wäre jeder Mensch mehr eine Hand mehr, die anpacken könnte und unter dem gegebenen Stand der Technik eben mehr Leute versorgen könnte als sich selbst.

In dieser Gesellschaft definiert sich der Bedarf nach Arbeitskräften nach dem Stand der dauerhaften Profitmacherei. Diese schließt einen unbrauchbaren Über-

schuss an Arbeitskräften ein. Die staatliche Bildungspolitik weiß darum und bietet einem bestimmten Prozentsatz der Gesellschaft mit der Hauptschule gar keinen umfassenden Bildungsweg an. Wozu das Geld verschwenden?

Als Resultat hat daher die kapitalistische Gesellschaft in der Regel einen guten Anteil an AnalphabetInnen, Leuten, die keinen Abschluss haben, Leute, die dauerhaft keine Arbeit haben usw. Das gehört mit Notwendigkeit dazu. Ihr wie auch immer bescheidener Erhalt durch den Sozialstaat stört die kapitalistischen SachwalterInnen – auch wenn zugleich als notwendiges Übel erkannt – grundsätzlich. Daher gehen sie immer wieder mit derselben Zynik auf die Leute los und werfen ihnen mangelnde Leistungsbereitschaft vor.

Jeder ist seines Glückes Schmied und Metzger

Die zusätzliche Gemeinheit besteht in der Unterstellung, wer will, der kann oder jeder ist seines Glückes Schmied und daher entsprechend jeder seines Glückes Metzger.

Das ist nicht die Wahrheit, weil die Plätze in der gesellschaftlichen Hierarchie,

Die Menschen sollen zum Bedarf der kapitalistischen Gesellschaft passend gemacht werden, nicht die Wirtschaft dem Bedarf der Menschen.

die es zu erobern gilt, absolut erstmal vorbestimmt sind durch den Bedarf, den Staat und Kapital haben. Dazu gehört: Der politische Beschluss, wieviel AbiturientInnen der Staat haben will, wieviel BeamtenInnen er haben will, wieviel Arbeitsplätze mit welchen Gehaltsstufen für das Kapital rentabel

sind. Schon hier ist klar, dass nicht jeder der Glücksschmiede einen entsprechenden Platz abbekommen kann. Zum zweiten stimmt es aber schon unterhalb dieser ersten Schranken nicht, dass es dann doch auf die eigene Leistung und Willensanstrengung ankomme. Es kommt darauf an, dass man selber besser ist als die MitbewerberInnen, also die MitkonkurrentInnen. Man selber kann seine Leistung verdoppelt haben, wenn der oder die MitbewerberIn seine oder ihre Leistung verdreifacht, reicht es einfach nicht. Man muss also nicht einfach viel Leistung bringen, sondern mehr als die der MitkonkurrentInnen. Alle können sich mehr angestrengt haben, im Endeffekt macht das in Sachen Erfolg für alle nichts aus. Erst an diesem letzten Ende kommt es auf die eigene Leistung an und zwar so: Wer sich nicht anstrengt, der braucht im Leistungsvergleich gar nicht erst antreten.

Der Unterschied bei AusländerInnen relativ zu den InländerInnen ist, dass die deutsche Politik bei der Diagnose „unnützlich“ einfach zusieht, dass sie raus aus Deutschland kommen – oder gar nicht erst rein.

Noch bevor man den Kulturalismus oder Rassismus von Sarrazin im Besonderen angeht, noch bevor man seine Statis-



tiken und deren Interpretation hinterfragt, muss man nochmal festhalten: Selbst wenn die MigrantInnen mit muslimischen Hintergrund tatsächlich bildungsmäßig usw. unterdurchschnittlich drauf wären – dann

kommt da nur ein Problem bei raus, wenn man die Sortierung für die kapitalistische Konkurrenz will. Wem das zuwider ist, dem ergäbe sich aus diesem Befund gar kein Problem.

Unterhalb dieser Kritik muss man selbstverständlich die Konstruktion des

Volks- bzw. Kulturcharakters kritisieren. Die geht darüber, dass sich Sarrazin bei dem Vergleich, wie „Urdeutsche“ MigrantInnen mit muslimischen Hintergrund, SpätaussiedlerInnen und sonstige MigrantInnen so in der Bildung und am Arbeitsmarkt abschneiden, nur für die Abweichungen vom Durchschnitt interessiert. Über den Tatbestand, dass in allen Gruppen Leute keinen Abschluss haben, arbeitslos sind usw., sieht er locker hinweg, wenn ihn nur die Differenz interessiert. Mithilfe dieser Differenz macht er dann einen Rückschluss auf den Kulturcharakter: Muslime sind einfach tendenziell SchulabbrecherInnen und SozialhilfeempfängerInnen.

Der Logik nach ist dieser Gedanke eine Verlängerung des Themas „Jeder ist seines Glückes Schmied“. Da heißt es, dass jedeR könnte, wenn sie bzw. er nur will. Wer es nicht schafft hat halt nicht richtig gewollt. Der Rassist vollendet diesen Gedanken so: Wenn jemand oder eine bestimmte Gruppe dauerhaft nicht Erfolg hat, dann ist es nicht einfach so, dass die nicht „wollen“. Sondern: Die sind von Natur aus so, dass sie nicht richtig wollen können. Es ist wie bei dem Lehrer, der einem Schüler sagt, aus dir wird eh nichts, weil du so einer bist – von Natur aus ein Fünfer. Ein Rassist spricht der Gruppe, die er sich zurecht konstruiert hat, einfach prinzipiell die Fähigkeit ab, dass sie überhaupt für den Wettbewerb geeignet ist. Weiter folgt dann für RassistInnen daraus, dass die für den Wettbewerb ungeeigneten Menschen den Wettbewerb belasten und er/sie verlangt einen Ausschluss vom Wettbewerb, eine Vorauswahl, wer überhaupt zuge-

Es ist wie bei dem Lehrer, der einem Schüler sagt, aus dir wird eh nichts, weil du so einer bist – von Natur aus ein Fünfer.

lassen werden darf. Normalerweise finden die BefürworterInnen des Wettbewerbs es ja gerade gut, dass viele miteinander konkurrieren. VerliererInnen sind o.k., weil die ja die GewinnerInnen erst zur Höchstleistung angestachelt haben. Damit die Besten ihr Bestes geben, braucht es Leute, die die Besten richtig antreiben – und die Verlierer sind im Nachhinein o.k., weil sie so ihren Dienst für den Wettbewerb getan haben. RassistInnen machen jetzt aber Menschen ausfindig, die wegen ihrer angeblichen Natur sowieso nichts anstacheln, sondern den Wettbewerb unnötig belasten. RassistInnen sind Fans des Wettbewerbs und der Konkurrenz – damit die gelingt, halten sie es aber für wichtig, dass bestimmte Menschen von vornherein gar nicht zum Wettbewerb zugelassen werden sollten.



Wer gegen Sarrazin aber nur einwendet, dass seine Statistiken und deren Interpretation zweifelhaft sind, wer nur einwendet, dass die Unterschiede doch sozial gemacht sind, der verpasst die Gemeinheit, die in der Messlatte „für Deutschland gut oder nicht“ enthalten ist.

Gegen muslimische MigrantInnen Teil 2: Sie untergraben die nationale Identität

Gegen den Zuzug und Aufenthalt von AusländerInnen ist Sarrazin positiv aufgeschlossen, wenn Deutschland sie denn ökonomisch gebrauchen kann. Nach seiner

politökonomischen Diagnose braucht es derzeit besonders ausgebildete AusländerInnen, Fachkräfte, mit denen das deutsche Kapital in Sachsen Spitzentechnologie den Weltmarkt erobern kann. Woher diese ausländischen Fachkräfte kommen ist erstmal egal. An dieser Stelle unterscheidet er sich nicht vom demokratischen Mainstream und unterscheidet sich von der NPD.

So ist ein Kopftuch nicht mehr nur ein Hindernis bei der Jobfindung, sondern gleich Ausdruck der Andersartigkeit.

Den ItalienerInnen spricht er in dieser Hinsicht ein zweifelhaftes Lob aus:

„So gingen von den etwa 2 Millionen italienischen Gastarbeitern, die bis 1973 angeworben wurden, die meisten nach einigen Jahren wieder in ihre Heimat zurück. Heute leben noch etwa 550.000 Italiener in Deutschland.“ (258)

Hier ist deutlich herauszulesen, dass ein nützlicher Ausländer für Deutschland wieder verschwindet, wenn die Aufgabe für Deutschland erledigt ist, toleriert werden ein paar Leute, die nicht mehr werden. Die Menschen mit muslimischen Migrationshintergrund dagegen haben eine hohe „Fertilität“ (264). Während urdeutsche Frauen im Schnitt weniger als 2 Kinder bekommen und daher die urdeutsche Bevölkerung schrumpft, vermehren sich die muslimischen MigrantInnen im Schnitt mit einer Rate, die höher als 2 ist, daher wächst diese Gruppe in Deutschland.

„Wenn wir den Zuzug nicht steuern, lassen wir letztlich eine Veränderung unserer Kultur, unserer Zivilisation und unseres Volkscharakters in eine Richtung zu, die wir gar nicht wünschen. Es würde nur wenige Generationen dauern, bis wir zur Minderheit im eigenen Land geworden sind. Das ist nicht nur ein Problem Deutschlands, sondern aller Völker Europas.“ (S. 330)

Einem nicht unbedingt kleinen Anteil der Deutschen hat Sarrazin in seinem ersten

Teil des Buches über die Unterschicht bescheinigt, zu doof für die moderne Welt zu sein. Sie sind eigentlich nicht mehr von

großem Nutzen für die zukünftige deutsche Gesellschaft. Dennoch zieht er sie mit den hoffnungsvollen LeistungsträgerInnen zusammen und macht ein deutsches „Wir“ draus. Er redet denn auch gerne von der deutschen „autochthonen“ (259) Bevölkerung und meint damit eben was ursprüngliches, etwas, das vor der Vermischung da war.

Alle kulturellen Prägungen der muslimischen MigrantInnen, die Sarrazin anführt, um die ökonomische Untauglichkeit für Deutschland aufzuzeigen, tauchen hier wieder auf, um einfach die Andersartigkeit anschaulich zu machen. So ist ein Kopftuch nicht mehr nur ein Hindernis bei der Jobfindung, sondern gleich Ausdruck der Andersartigkeit.

Sarrazin macht z.B. den Menschen mit muslimischen Migrationshintergrund den Vorwurf, dass sie an einer patriarchalen Familienstruktur festhalten. Er sagt weiter:

„Für mich ist es wichtig, dass Europa seine kulturelle Identität als europäisches Abendland und Deutschland seine als Land mit deutscher Sprache wahrt, als Land in Europa, vereint mit den umgebenen Franzosen, Niederländern, Dänen, Polen und anderen, aber doch mit deutscher Tradition. Dieses Europa der Vaterländer ist säkular, demokratisch und achtet die Menschenrechte. Soweit Immigration stattfindet, sollten Migranten zu diesem Profil passen beziehungsweise sich im Zuge der Integration anpassen. Ich möchte, dass auch meine Urenkel in 100 Jahren noch in Deutschland leben können, wenn sie dies wollen. Ich möchte nicht, dass das Land meiner Enkel und Urenkel zu großen Teilen muslimisch ist, dass dort über weite Strecken türkisch und arabisch gesprochen wird, die Frauen Kopftuch tragen und der Tagesrhyth-

mus vom Ruf der Muezzine bestimmt wird.“ (S. 308)

Zur Kritik des Nationalismus

Was hätte wohl der Uropa von Sarrazin über die heutigen Zustände in Deutschland gesagt? Vor über 100 Jahren war die allgemeine Kultur im deutschen Kaiserreich sau patriarchal. Die Frau war immer einem Mann

Es geht um die bedingungslose Parteilichkeit für Deutschland. Bedingungslos ist hier ernst gemeint, im Sinne von gefühlter und praktizierter Hingabe ohne Berechnung, kurz: um Nationalismus.

untergeordnet, entweder dem Vater und dann dem Ehemann. Keuschheit vor der Ehe war hoch im Kurs. Ein nacktes Knie war ein Skandal. Das galt ja noch bis in die 50er bis teils 70er Jahre. Wo ist denn hier der Unterschied zwischen der deutschen Tradition und der verachteten Kultur der konservativen MuslimInnen?

Daran zeigt sich: Sarrazin fühlt eine deutsche Identität und will eine deutsche Identität. Diese Identität ist aber gerade nicht durch ein konkretes politisches Programm, wie etwa die Menschenrechte oder aber eine bestimmte rechtliche Stellung der Frau gekennzeichnet. Diese beiden politischen konkreten Ziele dienen vielmehr nur dazu, eine gerade davon unabhängige Identität plausibel zu machen und anderen die Teilnahme an dieser Identität abzusprechen.

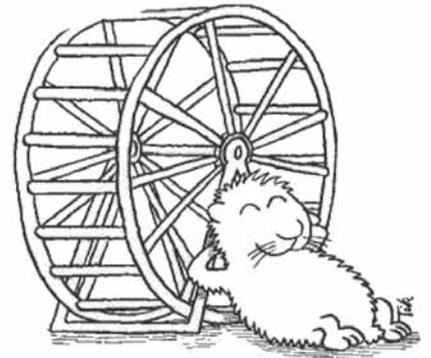
Worum es bei dieser eigentümlichen Identität geht, kann man gut an der Kritik ablesen, die Sarrazin am bestehenden Einfluss des türkischen Ministerpräsidenten auf die in Deutschland lebenden Menschen mit türkischem Migrationshintergrund hat.

„Erdogan lobt die Türken in Deutschland dafür, dass sie Türken geblieben sind; er

Konservierung einer türkischen Minderheit in Deutschland an, die sich primär am Herkunftsland ausrichten soll.“ (S. 311)

MigrantInnen mit türkischem Hintergrund, egal welcher Generation, halten sich in Deutschland an die deutschen Gesetze, gehen hier arbeiten, werden hier aussortiert und sind arbeitslos, bekommen hier ihre Strafe, wenn der Staat sie bei Gesetzesübertretungen erwischt usw. Ohne Frage

dienen diese Menschen der deutschen Nation, wenn der deutsche Staat sie unter seine Regeln stellt. Insofern mal gefragt: Wie geht das überhaupt, in einem modernen Staat, der flächendeckend die Gesellschaft mit Gesetzen überzieht, nicht integriert zu sein? Wenn immer von der Integration geredet wird, dann ist was anderes gemeint:



Der unhaltbare Zustand für Sarrazin, nach dem sich diese türkische Minderheit primär an der Türkei ausrichten würde, ist nicht einer, der sich irgendwie in dem praktischen Alltag unmittelbar zeigen würde. Hier geht es vielmehr um eine Geisteshaltung, ja um eine gefühlte Einstellung, die Sarrazin nicht mag – soweit sie sich auf

Kulturen prinzipiell einfach zu akzeptieren und zu tolerieren, tut weder einem selber, noch anderen Menschen gut.

fordert sie auf, dies auch weiterhin zu bleiben und sich nicht an die Gastgesellschaft anzupassen. Darüber hinaus erhebt er klar erkennbar den Anspruch, als türkischer Staatsmann für alle türkischen Migranten in Deutschland zu sprechen. Erdogan strebt also die dauerhafte

die Türkei bezieht. Denn ebendieses Gefühl verlangt er ja für die in Deutschland lebenden Menschen gegenüber Deutschland.

Es geht um die bedingungslose Parteilichkeit für Deutschland. Bedingungslos ist hier ernst gemeint, im Sinne von





gefühlter und praktizierter Hingabe ohne Berechnung, kurz: um Nationalismus. Mitten in der demokratischen Marktwirtschaft, wo jeder aufgerufen ist, sich um sein eigenes Fortkommen zu kümmern und dabei Gesetze und Ökonomie als Chancen zu begreifen, sich also sehr berechnend auf die Gesellschaft zu beziehen, sollen alle Menschen zugleich eine Parteilichkeit für das Gemeinwesen aufweisen, die ganz getrennt von diesen Berechnungen vorhanden sein soll. Darum geht es Sarrazin, darum geht es derzeit überhaupt in der ganzen Integrationsdebatte.

Wie jede andere kapitalistische Nation auch, ist Deutschland eine Gesellschaft, die gewaltsam eingerichtet, betreut und zusammengehalten wird. Die Parteilichkeit für dieses gewaltsame Gemeinwesen, das mit dem pursuit of happiness die Berechnung der BürgerInnen geradezu fördert, geht daher kaum anders als nebenbei noch ein Dafürsein zu haben, das sich von der Berechnung emanzipiert. Der Nutzen dieser Geisteshaltung liegt dann ganz bei der Politik, die sich auf eine Bevölkerung verlassen kann, die alles mitmacht, was für die Größe und Macht des deutschen Staates fällig ist.

Diese bedingungslose Unterordnung ist der Gehalt dessen, um das sich die Integrationsdebatte dreht. Ausgedrückt wird dies aber in einer verwandelten Form, in dem Gedanken der Nation:

Wohl und Wehe des deutschen Staates und der deutschen Ökonomie hängen daran, dass dessen Bevölkerung der Hauptsache nach deutsch ist und bleibt. Einmal ist der deutsche Staat und die deut-

Man muss sich aber klar machen, dass Typen wie Sarrazin, die gegen patriarchale Strukturen wettern, ein komplett anderes Sorgeobjekt haben – nämlich Deutschland.

sche Ökonomie das Mittel für die deutsche Bevölkerung, einmal ist die deutsche Bevölkerung das Mittel für den deutschen Staat und die deutsche Ökonomie. Keine reale Instanz (Staat, Ökonomie, Bevölkerung) ist in der Gedankenwelt des Nationalisten der letzte Zweck, alle Instanzen sind als Mittel für die andere Instanz gedacht. Zusammengezogen ist der Zweck dann die „Nation“, die entsprechende von Sarrazin geforderte Geisteshaltung, eben der Natio-

nalismus.

Noch eine Warnung: Kulturen prinzipiell einfach zu akzeptieren und zu tolerieren, tut weder einem selber, noch anderen Menschen gut. Gegen eine christliche Schafsnatur ist genauso gut etwas einzuwenden wie gegen Leute, die ihren Weg in der Gesellschaft mithilfe einer patriarchalen Familienstruktur bestreiten wollen. Man muss sich aber klar machen, dass Typen wie Sarrazin, die gegen patriarchale Strukturen wettern, ein komplett anderes Sorgeobjekt haben – nämlich Deutschland.

Die Differenz mit den etablierten Parteien

Sarrazins Thesen, Urteile und Forderungen wurden von den professionellen PolitikerInnen der etablierten Parteien in Deutschland, oberflächlich betrachtet, scharf zurückgewiesen.

Das hat seinen Grund darin, dass diese die Integration gegen die MigrantInnen egal welcher Generation fordern. Das hat neben dem schlechten Inhalt seine maßlos gemeine Seite, denn wie soll schon jemand zeigen, dass er ganz für Deutschland fühlt?

Sarrazin dagegen arbeitet sich in seiner Gedankenwelt, die genau dasselbe Sorgeobjekt hat, dahin vor, dass von Forderungen keine Rede mehr sein sollte. Er hält die Muslime für nicht integrierbar. Diesen

Schluss finden die PolitikerInnen als schädlich für die Integrationsdebatte. Daher die Differenz. Ansonsten lässt sich noch bei allen PolitikerInnen ähnliches Misstrauen gegen die MigrantInnen mit muslimischem Hintergrund finden.

1 Alle Zitate – soweit nicht anders gekennzeichnet – aus Thilo Sarrazin, Deutschland schafft sich ab, München 2010.



Der Staat in der Krise – Demokratie, Diktatur oder lieber was dazwischen?

Die seit dem Zusammenbruch einiger Investment-Banken im Jahre 2008 schwelende Wirtschaftskrise wird für die Lohnabhängigen immer spürbarer. Einige reagieren mit Streikmaßnahmen gegen Lohnkürzungen und Sparmaßnahmen: Im Dezember 2010 legten beispielsweise die spanischen Fluglotsen die Arbeit nieder. Der spanische Staat rief daraufhin den Notstand aus. Damit erlaubte er sich, die Streikenden wegen Befehlsverweigerung in militärischen Schnellverfahren zu langjährigen Haftstrafen zu verurteilen. Laut einem Artikel der österreichischen Tageszeitung „Der Standard“ sollen einige gar mit vorgehaltener Waffe zum Arbeiten gezwungen worden sein. Klingt nicht besonders demokratisch. Oder vielleicht doch? Was ist das überhaupt, Demokratie?

Lassen wir zu Beginn doch mal einen liberalen Wirtschaftswissenschaftler zu Wort kommen, was er zur Demokratie zu sagen hat. Liberale sollten sich schließlich damit auskennen. Ludwig von Mises, Doktorvater von Friedrich August von Hayek und einer der wichtigsten Vertreter der sogenannten „Österreichischen Schule“ schrieb in seinem

Werk „Liberalismus“ von 1927:

„Es kann nicht geleugnet werden, dass der Faschismus und alle ähnlichen Diktaturbestrebungen voll von den besten Absichten sind und dass ihr Eingreifen für den Augenblick die europäische Gesittung gerettet hat. Das Verdienst, das sich der Faschismus damit erworben hat, wird in der Geschichte ewig fortleben. Doch die Politik, die im Augenblick Rettung gebracht hat, ist nicht von der Art, dass das dauernde Festhalten an ihr Erfolg versprechen könnte. Der Faschismus war ein Notbehelf des Augenblicks; ihn als mehr anzusehen, wäre ein verhängnisvoller Irrtum.“

Das Zitat wirkt verstörend: Einerseits erachtet Mises die Demokratie zwar als wünschens-

Einerseits erachtet Mises die Demokratie zwar als wünschenswert – aber falls die „europäische Gesittung“ in Gefahr ist, ist ihm auch der Faschismus recht.

wenswert – aber falls die „europäische Gesittung“ in Gefahr ist, ist ihm auch der Faschismus recht. Es lohnt sich also, der

Frage nachzugehen: Was ist das für eine Gesittung, die er so vehement verteidigen möchte – und was sagt es über diese Gesittung aus, dass sie mit einem faschistischen Regime verteidigt werden kann?

Prima Freiheit! Oder: Was muss man wollen?

Demokratie – davon gibt es viele Definitionen. Neben den freien und allgemeinen Wahlen gelten die Wahrung von Freiheit und Gleichheit der BürgerInnen als wichtige Kriterien dafür, ob eine Herrschaft demokratisch ist oder nicht. Freiheit und Gleichheit – das klingt gut! Aber was ist das überhaupt genau? Was bedeutet es konkret

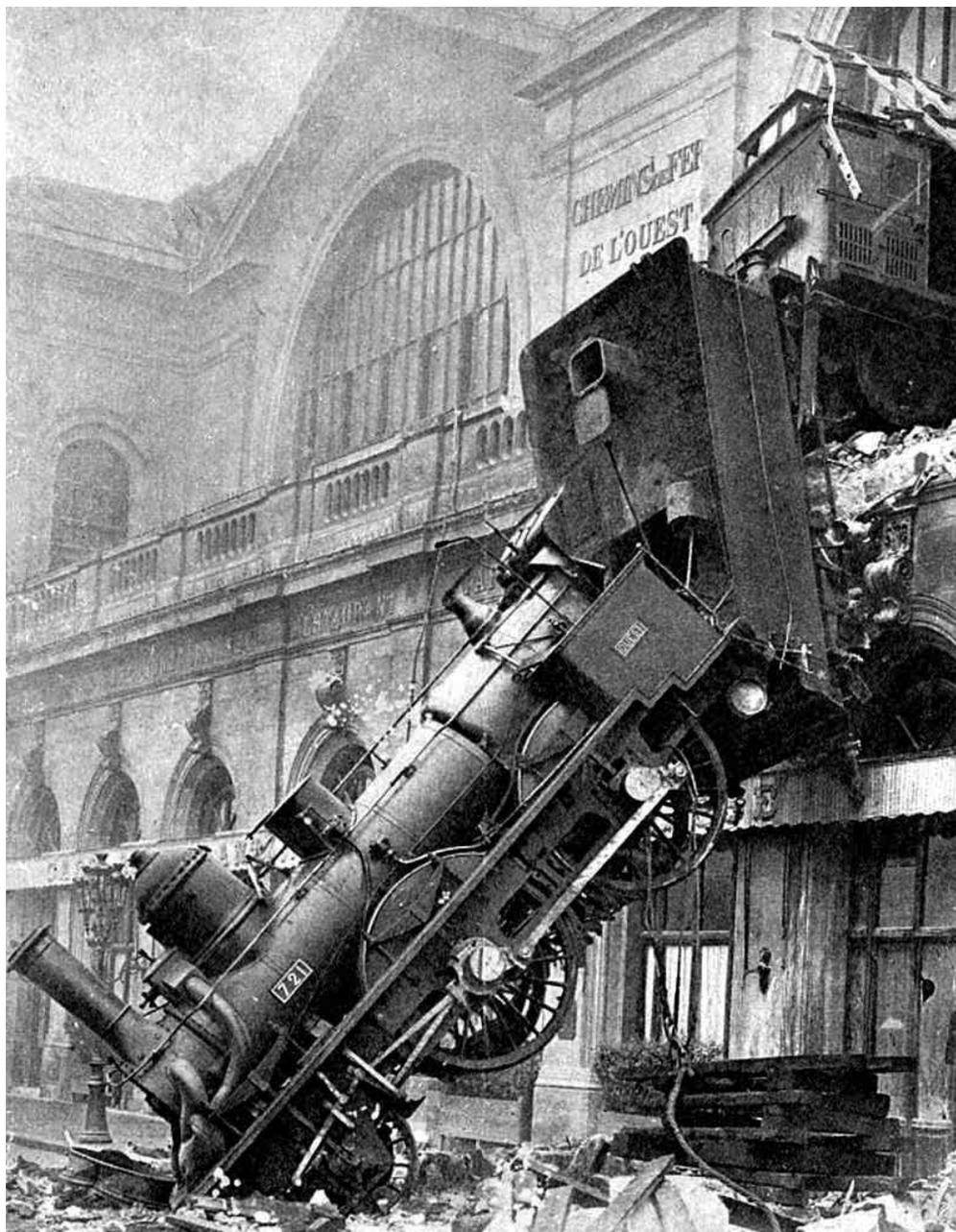
für das Leben der Menschen? Freiheit ganz abstrakt heißt: Ich kann tun und lassen was ich will, niemand gibt mir Befehle, was ich

zu tun habe. Diese Freiheit haben alle anderen in der Gesellschaft auch. Wenn ich mit den anderen Menschen nichts zu hätte und wie Robinson alleine auf einer Insel leben würde, dann bräuchte ich die Freiheit nicht garantiert bekommen. Ich würde da sowieso machen, was ich will. Die Freiheitsgarantie macht nur da Sinn und bekommt dort ihren Witz, wo die Menschen aufeinander angewiesen sind und gesellschaftlich in Kontakt stehen. Die Freiheitsgarantie schließt also ein, dass es Grenzen zwischen den Freiheiten geben muss. Wo, das bestimmt das Gesetz. Ich darf jetzt gesetzlich garantiert in einem bestimmten Raum tun und lassen, was ich will. Alle anderen auch. Alle sind aufeinander angewiesen und so ist der Witz der Freiheit, dass ich mich rücksichtslos gegen die Bedürfnisse und Wünsche der anderen stellen darf, soweit es meinen Freiheitsraum betrifft. Ich wiederum bin ja von den anderen abhängig, die sich ebenfalls rücksichtslos gegen mich stellen dürfen – gesetzlich garantiert. So ist abstrakt klar: Die freiheitlichen Menschen haben dauernd Gründe, den Freiheitsraum der Anderen nicht zu respektieren. Damit Freiheit als flächendeckendes Prinzip also geht, braucht es eine Gewalt, die die Menschen dazu zwingt, die Freiheit der anderen zu respektieren.

Einen Raum zugestanden bekommen, in den man machen darf, was man will, heißt nicht, dass auch die Wünsche und Bedürfnisse erfüllt werden, die man sich so vornimmt. Ein kurzer Blick auf unsere Gesellschaft von Freien und Gleichen zeigt das: Ein Manager zum Beispiel hat ganz andere Möglichkeiten, sein Interesse durchzusetzen und seine Bedürfnisse zu befriedigen, als eine Studentin, die knapp bei Kasse ist. Warum das so ist, erfahren wir bei Marx:

„Die praktische Nutzanwendung des Menschenrechtes der Freiheit ist das Menschenrecht des Privateigentums. (...) Das Menschenrecht des Privateigentums ist also das Recht, willkürlich, ohne Beziehung auf andre Menschen, unabhängig von der Gesellschaft, sein Vermögen zu genießen und über dasselbe zu disponieren“ (K. Marx, „Zur Judenfrage“, S. 364f.).

Das Zitat von Marx zeigt, was Freiheit mit der Marktwirtschaft zu tun hat. Das Privateigentum ist das Prinzip der Freiheit angewendet auf die materielle Welt. Über mein Privateigentum kann ich nach Belieben verfügen und ich muss mir von niemanden reinreden lassen. Zugleich heißt das aber auch, dass ich keine Sachen benutzen kann, die im Privateigentum anderer Menschen sind – es sei denn, sie erlauben das. Der Witz am Privateigentum besteht jetzt nicht darin, dass



ich z.B. Essen besitze und ich mich sicher sein kann, dass ich das auch benutzen kann. Der Witz besteht darin, Essen zu haben und es selbst nicht zu benutzen und zu wissen, dass andere darauf angewiesen sind. Dann kann ich diese Abhängigkeit ausnutzen und die anderen dazu bringen ganz freiwillig mir etwas zu überlassen oder anderweitig mir zu Diensten zu stehen. Jeder Tausch in

Das macht natürlich erst in einer Klassengesellschaft richtig Sinn: Da eröffnet der Besitz von viel Geld das Recht des einen, mit seinem Vermögen ein Unternehmen zu gründen und sich auf dem Arbeitsmarkt Arbeitskräfte einzukaufen, die dann für die Vergrößerung seines Vermögens arbeiten. Umgekehrt ist es das Recht einer anderen, die kein Geld haben, aber immerhin über

Die freiheitlichen Menschen haben dauernd Gründe, den Freiheitsraum der anderen nicht zu respektieren.

dieser Gesellschaft basiert auf der wechselseitigen Abhängigkeit vom Privateigentum des anderen. Wie gut man dann bei diesem gegeneinander Ausspielen abschneidet, hängt davon ab, was man an Privateigentum schon mitbringt, wie groß die Not zu tauschen ist oder nicht.

sich bestimmen dürfen, sich für einen Lohn als Arbeitskraft an ein/e UnternehmerIn zu verkaufen – in der nicht immer erfüllten Hoffnung, mit dem Lohn einigermaßen durchs Leben zu kommen. Die Rücksichtslosigkeit, die im Begriff der Freiheit enthalten ist, entfaltet hier ihr volles Potential: Wenn

eine Firma 500 Leute auf die Straße setzt, dann ist klar, dass sie damit das Leben anderer Menschen schädigt. Auch kann ein/e UnternehmerIn einer Brötchenfabrik die Produktion einstellen, weil sie ihm/ihr nicht mehr profitabel genug erscheint – obwohl es rund um die Fabrik lauter hungernde Menschen gibt, die die Brötchen gut gebrauchen, aber nicht bezahlen können. Das kann dem/der UnternehmerIn aber wurscht sein, denn er/sie darf das – qua staatlich garantierter Freiheitsrechte.

Der Staat garantiert mit seiner Gewalt die Freiheit, gibt den Menschen also quasi eine Lizenz zur Rücksichtslosigkeit. Gleichzeitig sorgt er aber auch dafür, dass die Grenzen der Freiheit eingehalten werden, die Freiheit aller also garantiert bleibt: Der Unternehmer darf die Arbeiterin nicht als Sklavin halten, umgekehrt darf die Arbeiterin dem Unternehmer nicht die Fabrik wegnehmen. In diesem Sinne sind wir als BürgerInnen der Demokratie gleich – der Staat schützt unser aller Freiheit. Wer von dieser Freiheit profitiert und für wen sie stets eine Bedrohung der eigenen Existenz darstellt, das steht auf einem anderen Blatt.

So verstandene (bürgerliche) Freiheit ist alles andere als ein Naturzustand und nicht nur ökonomisch eine ungemütliche Sache. Sie muss permanent vom Staat mit Gewalt geschützt und hergestellt werden. Genau diese Freiheit hat Ludwig von Mises im eingangs genannten Zitat im Sinn, wenn er von der „europäischen Gesittung“ schreibt: Für die Sicherung des Privateigentums ist ihm im Notfall – aber auch nur dann – eine massive Einschränkung der Freiheiten der BürgerInnen durch den Faschismus recht. Bürgerliche Freiheit und Gewalt sind also keine Gegensätze, sondern ergänzen sich: Ohne Gewalt kann diese Form der Freiheit nicht funktionieren.

Das alles heißt natürlich nicht, dass es nicht auch einen emanzipatorischen Freiheitsbegriff geben kann. Dann ist aber immer wichtig: wessen Freiheit, welche Freiheit, Freiheit wovon, Freiheit wozu? Freiheit als abstraktes Prinzip – also bürgerliche Freiheit wie sie oben beschrieben wurde – ist allerdings kein erstrebenswertes Verhältnis zwischen Menschen. In einer vernünftig organisierten Gesellschaft würden wir gemeinsam überlegen, wie wir die Welt so gestalten können, damit für alle Menschen ein gutes Leben dabei herauskommt – und nicht jeweils mit unseren privaten Machtmitteln aufeinander losgehen. So in etwa, wie wenn wir mit Bekannten einen Grillabend veranstalten – da kommt niemand auf die Idee, dass der- oder diejenige, dem oder der der Grill gehört, die anderen für sich arbeiten lassen kann, oder etwa, dass jemand der ein bisschen weniger Zeit

mit Grillzeug marinieren verbracht hat, am Ende weniger essen darf – und das obwohl wir alle im Kapitalismus sozialisiert worden sind.

Das Kreuz mit der Wahl

Ebenso wie Freiheit und Gleichheit gelten allgemeine Wahlen als wichtiger Bestandteil der Demokratie. Auch zu diesem Thema gibt es wieder ein sehr aufschlussreiches Zitat, diesmal von Henry Kissinger:

„I don't see why we need to stand by and watch a country go communist due to the irresponsibility of its people. The issues are much too important for the Chilean voters to be left to decide for themselves.“

Kissinger schrieb diesen Satz 1970 in seiner Funktion als Sicherheitsberater des Weißen Hauses als persönliche Notiz an den US-Präsidenten Richard Nixon – kurz vor dem durch die USA unterstützten Militärputsch chilenischer Eliten gegen den demokratisch gewählten, sozialistischen Präsidenten Salvador Allende. Dieses Zitat sagt viel über die Demokratie aus. Kissinger ist grundsätzlich schon für freie Wahlen – aber eben nur, solange sie die richtigen Resultate bringen. Allende wollte nicht den Kapitalismus abschaffen. Aber er wollte die Freiheit amerikanischer Kapitale einschränken. Das war Kissinger zuviel.

Auch in der Eurokrise raten gestandene RegierungspolitikerInnen dazu, Wahlen lieber zu verschieben und Volksentscheide ja nicht stattfinden zu lassen. So

In der Eurokrise raten gestandene RegierungspolitikerInnen dazu, Wahlen lieber zu verschieben und Volksentscheide ja nicht stattfinden zu lassen. Sogenannte „Technokratenregierungen“ sind ihnen derzeit lieber.

genannte „Technokratenregierungen“ sind ihnen derzeit lieber. Sie drücken damit aus, dass ihnen die parlamentarische Demokratie nicht Selbstzweck ist, sondern Mittel für etwas anderes.

Auch bei der Wahl gilt: Sie soll die bürgerliche Freiheit sichern, das Privateigentum – und somit den Kapitalismus. Das zeigt sich vor allem darin, dass die zentralen Ziele, um die es in der Politik geht, nie zur Wahl stehen. Oder haben wir schon mal darüber abgestimmt, ob „unsere“ Nation sich in Konkurrenz mit anderen Nationen befinden soll? Nein, das ergibt sich aus der

marktwirtschaftlichen Organisation der Wirtschaft. Dementsprechend ist das „Wirtschaftswachstum“ auch parteienübergreifend als Argument zu finden. Es ist gewissermaßen die Staatsräson. Die Politik will mehr Macht, dafür braucht sie den Erfolg der Wirtschaft, den sie insofern tatkräftig fördert. Eine Symbiose, die auf Kosten der Lohnabhängigen funktioniert. Denn Löhne sind immer ein Abzug vom Unternehmensgewinn und daher gilt als Faustformel für mehr Wachstum: Löhne und Sozialausgaben runter, damit Profite rauf!

Wenn also beispielsweise der österreichische Staat mit seinen Sparpaketen massiv bei denen spart, die eh schon wenig haben, anstatt die Reichen zur Kasse zu bitten, dann ist das weder auf Unfähigkeit noch auf Böswilligkeit der Regierung zurückzuführen, sondern auf diese grundsätzliche Bestimmung des Staates als Kapitalstandort. Der Staat weiß um seine Abhängigkeit von den Märkten und bemüht sich nach Kräften, deren Bedürfnisse zu erfüllen – um seine eigene Macht im Konkurrenzkampf der Nationen zu steigern.

Zusammengefasst kann man sagen, dass die Wahl in den Augen der Politik die Aufgabe hat, Zustimmung zu den herrschenden Verhältnissen zu generieren. Die RepräsentantInnen des Staates wissen, dass die Prinzipien der Marktwirtschaft viele Menschen in eine schlechte Lebenssituation bringen. Trotzdem sollen die Menschen aber die Prinzipien von Kapitalismus und staatlicher Herrschaft nicht hinterfragen. Statt dessen werden durch die Wahl die schlechten Erfahrungen mit dem Leben im kapitalistischen System in den Wunsch

nach einer Perfektionierung der Regierung kanalisiert. Indem die Menschen bei der Wahl sagen: „Wir wollen besser regiert werden!“ sagen sie vor allem eines, nämlich „Ja“ zum Staat und zur Staatsräson – und damit „Nein“ zu allen alternativen Möglichkeiten, Gesellschaft zu organisieren.

Repression, Faschismus oder Notstand: Wenn sich die Politik die Demokratie nicht mehr leisten will

Josef Pröll, ehemaliger Vizekanzler Öster-

reichs, sagte in einem Fernsehinterview im Jahr 2010 bezüglich der Finanztransaktionssteuer:

„Wir sind in der Politik, um zu entscheiden – und nicht um zu fragen!“

Ist damit die Demokratie nicht auf den Punkt gebracht?: Die Regierung herrscht und macht sich dabei nicht abhängig von der Meinung ihrer BürgerInnen.

Die Frage ist: Wie verändert sich die Herrschaft des demokratischen Staates in der Krise? Die Krise ist die Lage, in der die Unternehmen flächendeckend keinen Gewinn machen, daher auch die Arbeitslosenzahlen steigen, dem Staat die Steuerquellen wegbrechen usw. Hier ist mehr Potenzial für Unzufriedenheit vorhanden.

Ein 32-jähriger Angestellter des Nationaltheaters in Athen, Costas Andrianopoulos, sagte zur Nachrichtenagentur Reuters:

„Wir leben unter der Terrordrohung, dass wir möglicherweise unsere Arbeit, unser Leben verlieren. Selbst wenn diese Entlassungen notwendig sind, wir werden nicht wie menschliche

Die Demokratie schafft die Grundlagen, auf denen sich eine zunehmend offen autoritäre bis faschistische Herrschaft entwickeln kann.

Wesen behandelt. Sie haben unsere Löhne und Renten gekürzt und wir haben es hingenommen. Ich glaube jedoch nicht mehr, dass das alles zum Wohl unseres Landes ist. Wir werden für nichts und wieder nichts geopfert. Wir können den Zusammenbruch nicht verhindern. Wir sind ohne Hoffnung.“¹

Der Angestellte ist ja als guter Nationalist leider sogar zu Opfern bereit, aber er sieht darin nicht einmal einen Fortschritt für die Nation. Wenn ein solches Bewusstsein massenhaft verbreitet ist, dann kann man sich auf die Wähler nicht mehr verlassen.

Wenn die Demokratie nur den Zweck hat, die bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse zu sichern, so ist klar, dass ihre Fortführung immer davon abhängt, ob sie diesen Zweck erfüllen kann. Der Staat hat mit vielfältigen Mitteln für den Fall vorgesorgt, dass sich die BürgerInnen nicht mehr so brav verhalten. So gibt es in vielen Ländern sogenannte Antiterror-Gesetze, die in ihrer Formulierung dermaßen offen sind, dass sie problemlos auf politische Aktivis-

tInnen angewendet werden können. Der Artikel 278a im österreichischen Strafgesetzbuch sieht beispielsweise bei einer „Mitgliedschaft in einer unternehmensähnlichen Verbindung“, die „die Freiheit oder das Vermögen bedroht“ und womit „ein erheblicher Einfluss auf Politik oder Wirtschaft angestrebt wird“, den Straftatbestand für eine „kriminelle Vereinigung“ gegeben. Solch ein Artikel könnte beispielsweise auf kämpferische Gewerkschaften angewendet werden (der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) braucht sich also keine Sorgen zu machen). Auch von der Ausstattung her ist der demokratische Staat mit Überwachungstechnik und hochgerüsteter Polizei bestens auf eine stärkere Repression innerhalb der Demokratie vorbereitet. In Österreich mussten kürzlich einige angeblich militante TierschützerInnen erfahren, was es bedeutet, ins Fadenkreuz von Polizei und Justiz zu geraten.

Ein weiterer Schritt der Eskalation, den sich der Staat gesetzlich fixiert hat, sind die Notstandsgesetze. Diese sehen zum Beispiel in Zeiten von Aufständen die Außerkraftsetzung der BürgerInnenrechte vor – der Staat kann dann ziemlich rücksichtslos

gegen Person und Leben seiner BürgerInnen vorgehen und das ganz ohne irgendein Gesetz zu verletzen. In Spanien kam dieses Mittel bereits zum Einsatz, um einen Streik zu brechen.

Wenn die Krise allgemein ist, der nationale Standort verliert, dabei die Standortkonkurrenz zwischen den Staaten zunimmt und auch noch allgemeine Unruhen vorhanden sind oder drohen, kommen Politiker wie Bürger auf die Idee, dass ein direktes Durchgreifen der Staatsgewalt notwendig sei. Der Rechtsstaat erscheint nicht mehr als Bedingung für gutes Wirtschaftswachstum, sondern als eine Schranke für die Gewalt, die jetzt fällig wäre. Wahlen würden dann nicht mehr eine Zustimmung organisieren, sondern eine Regierung nur in ihrer Pflicht des „Durchregierens“ behindern. Sowieso sollten alle BürgerInnen dann einfach Zurückstecken und nur noch an das große Ganze denken und dafür ist Gehorsam gefragt. Wenn die politische Elite und die Bürger sich in dieser Diagnose einig werden, dann gibt es Faschismus. So hat das der eingangs-

zitierte liberale Ludwig von Mies gemeint. Ob dann die anderen das auch so sehen, dass der Faschismus nur ein Notbehelf sein sollte und nicht besser dauerhaft bestehen sollte, bleibt dann offen.

Grundlagen für diesen Übergang von der Demokratie zum Faschismus ist der feste Glaube, dass der Kapitalismus zum Wohle der Nation funktionieren müsse, dass die Nation ein Recht auf Erfolg hat und das das Volk auch alle Qualitäten mitbringt, so dass eigentlich nur ein Erfolg daraus erwachsen kann. Diese blöden Glaubens-



grundsätze werden in der Demokratie verbreitet. In solch einem Fall spielt eine wirtschaftliche Krise einer rechten Bewegung in die Hände. Denn wenn es dem Bewusstsein der Menschen nach am System nicht liegen kann, ist es naheliegend, die Auswirkungen der Krise auf das Fehlverhalten bestimmter gesellschaftlicher Gruppen zu projizieren und sich auf die Suche nach „Fremdkörpern“ und „Schädlingen“ zu machen. Mehr direkte Gewalt ist dann gefragt, um die so ausgemachten „Schädlinge“ zu bekämpfen.

Die richtigen Lehren aus Demokratie und Faschismus ziehen

Aus den oben ausgeführten Argumenten lassen sich einige politische Schlussfolgerungen ziehen. Beispielsweise scheint es uns wichtig, die Demokratie nicht unkritisch abzufeiern, sondern sich zu fragen, was ihre Grundlagen sind und wem diese Art der Gesellschaftsorganisation zum Nutzen ist. Ebenso ist die Demokratie kein Bollwerk gegen den Faschismus, im Gegenteil: Die Demokratie schafft die Grundlagen, auf denen sich eine zunehmend offen autoritäre bis faschistische Herrschaft entwickeln kann.

¹ Quelle: <http://wsws.org/de/2011/sep2011/grie-s28.shtml>, gefunden am 25.04.2012.



Die deutsche Presse und der Fall Griechenland

An Krisenereignissen der relativ neuen Art hat man in den letzten drei Jahren einiges mitbekommen. Da gibt es eine Krise bei Finanzprodukten, die angeblich die Banker selber nicht verstehen. Dann gibt es eine weltweite Bankenkrise. Darauf folgt eine Krise in der Automobilwirtschaft und sowieso eine gesamtwirtschaftliche Krise. Zwischendurch sind auch schon immer wieder Staaten kurz vor dem Staatsbankrott gewesen und mussten Hilfesuche an den IWF stellen. In jüngster Zeit war zunächst ein Mitgliedsstaat der Euro-Zone in Bedrängnis geraten – Griechenland – aber mittlerweile sind es mehr geworden, u.a. Spanien, Portugal und Italien. Gegen Griechenland ist in dieser Phase eine richtige Hetzkampagne in den deutschen Medien losgetreten worden. Einen Auszug davon soll hier stellvertretend kritisiert werden: der berühmte Brief der

BILD-Zeitung an den Ministerpräsidenten Griechenlands (alle Zitate aus diesem Brief).

Dass die BILD-Zeitung ein Stück schlechter Journalismus ist, in diesem Urteil sind sich vor allem Menschen mit einem höheren Bildungshintergrund einig. Und sicherlich entstammen Aussagen, dass „wir“ Griechenland den Trainer seiner Fußball-

ten wir das für wichtig. Sondern vor allem finden sich in dem Brief Vorstellungen über Staatsschuld, Korruption und Wirtschaftskraft, über Fleiß und Faulheit, über „Wir“ und „Die“, die sich anders formuliert auch jenseits des Boulevards im Spiegel oder der FAZ finden und zum Standardrepertoire des Bürgerverstandes gehören. Wir meinen

Vorstellungen über „Wir“ und „Die“ gehören zum Standardrepertoire des Bürgerverstandes

Europameister „geschickt haben“, so dass „die“ Griechen uns mal so richtig dankbar sein sollten, dem nationalistischen Absurditätenkabinett. Warum sich also mit der BILD-Zeitung ernsthaft argumentativ auseinandersetzen? Nicht nur aufgrund der Auflage und des Einflusses der Zeitung hal-

also, es lohnt sich, diese Vorstellungen einmal genauer zu betrachten und sie zu kritisieren. Zugleich soll damit der Weg etwas frei gemacht werden, für die Fragen anlässlich der aktuellen Krise, die es erlauben zu verstehen, was da passiert.

Mit der Armut in Deutschland für eine Armut in Griechenland agitieren

„Lieber Herr Ministerpräsident, wenn Sie diese Zeilen lesen, haben Sie ein Land betreten, das ganz anders ist als das Ihre. Sie sind in Deutschland. Hier arbeiten die Menschen, bis sie 67 Jahre alt sind. Ein 14. Monatsgehalt für Beamte gibt es schon lange nicht mehr.“

Griechenland hat ein Problem mit seiner Staatsverschuldung, Deutschland nicht. Die „Analyse“ der BILD-Zeitung zeichnet sich hier schon ab: In Griechenland würden die Menschen besser leben und weniger arbeiten. Der Staat gäbe mehr aus und die Wirtschaft bekomme wegen den geringen Arbeitsleistungen weniger hin. Kein Wunder also, dass die Finanzmärkte zu dem Resultat gekommen sind, dass der Rückzahlung der griechischen Staatsverschuldung nicht zu trauen sei. Das gesetzliche Rentenalter in Deutschland hat die vergangene Regierung jüngst von 65 auf 67 Jahre angehoben. In Griechenland, so will es z.B. die Financial Times Deutschland weiß machen, würde das Rentenalter bei 53 Jahren liegen. In anderen Artikeln steht, dass das durchschnittliche Rentenalter bei 61 Jahren liegt. Das ganze Durcheinander kommt darüber zustande, dass laufend gesetzliche Bestimmungen zur Rente (z.B. wann darf jemand frühestens Rente bekommen und welches Alter muss jemand erreichen, ohne Abzüge in Rente zu gehen) verwechselt werden mit nicht zuletzt der Frage, in welchen

Alter denn tatsächlich der Durchschnitt der LohnarbeiterInnen oder StaatsbeamtenInnen in Rente gehen. Mit diesen Verwechslungen lässt sich natürlich eine erstaunliche Differenz konstruieren. Kaum jemand in Deutschland geht aber erst mit 67 Jahren in Rente. Auch vorher ist schon kaum jemand mit 65 Jahren in Rente gegangen. Selbst das statistische Bundesamt Deutschland rechnet in seinen Prognosen mit dem bisherigen – sogar noch großzügig ausgelegten – tatsächlichen Renteneintrittsalter von 60

Die ganze Argumentation ist an Zynismus kaum zu überbieten, wenn ausgerechnet mit der vorhandenen Armut in Deutschland gewuchert wird, um mehr Armut in Griechenland einzufordern.

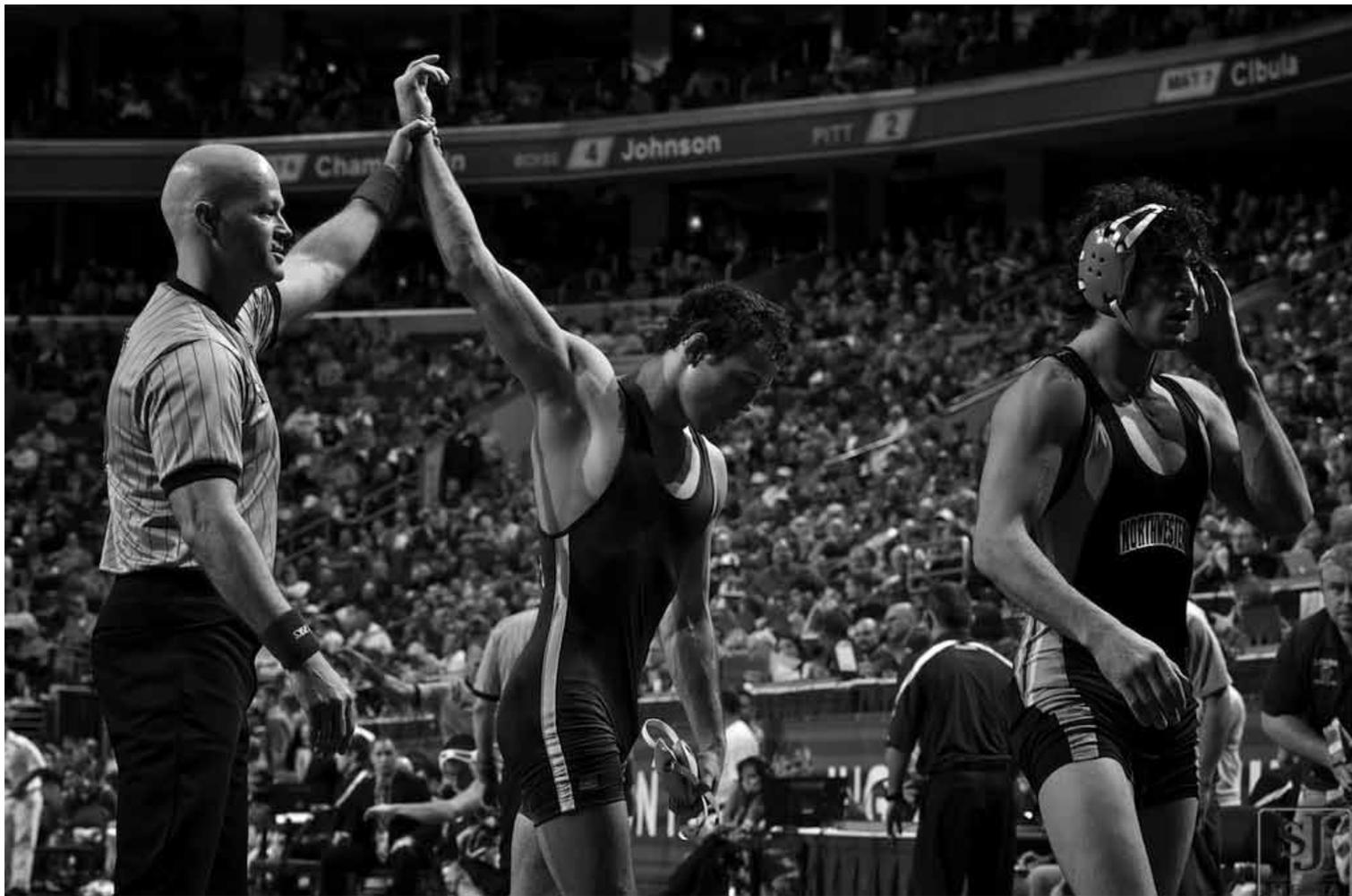
Jahren im Durchschnitt in der BRD. Wenn der Durchschnitt bei 60 Jahren liegt, dann ist auch klar, dass sich auch in Deutschland Leute finden, die bereits in ihren 50er Jahren in Rente gehen. Wenn die Bundesregierung also vor kurzem das gesetzliche Rentenalter von 65 Jahre auf 67 Jahre angehoben hat, dann ändert das an dem tatsächlichen Renteneintrittsalter nichts. Damit hat die Regierung nur die Abschläge von der Rente erhöht, die die RentnerInnen hinnehmen müssen. Sie haben über diesen Umweg schlicht die Renten gekürzt. Durch diese Verarmung von LohnarbeiterInnen im Alter, ist natürlich eine Zwangslage ge-

schaffen, der zu Folge die Leute von sich aus länger arbeiten wollen. Aber auch in der Vergangenheit, z.B. im Zuge der Agenda 2010, hat ein so geschaffener Zwang nicht zu einem höheren tatsächlichen Renteneintrittsalter geführt. Das hat seinen Grund darin, dass die LohnarbeiterInnen es in der Regel gar nicht selber in der Hand haben, wie lange sie beschäftigt sind. Unternehmen tun einiges dafür, dass alte Menschen frühzeitig im Betrieb aufhören, weil sie öfter krank werden. Einen neuen Job finden

ältere Menschen, die arbeitslos geworden sind, daher in der Regel sowieso nicht. Die Unternehmen sorgen ja auch dafür, dass die Anstrengungen bei der Arbeit laufend hoch bleiben und höher werden, sodass ältere Menschen den Job einfach gar nicht mehr aushalten können.

Kurzum: Der Rentenvergleich von der BILD-Zeitung ist konstruiert. Am wichtigsten ist aber: Die ganze Argumentation ist an Zynismus kaum zu überbieten, wenn ausgerechnet mit der vorhandenen Armut in Deutschland gewuchert wird, um mehr Armut in Griechenland einzufordern. In dieser Hinsicht bleibt also die miese Frage:





Schafft es Deutschland tatsächlich besser, die für kapitalistische Berechnungen nutzlosen und den Reichtum der Gesellschaft einfach auffressenden RentnerInnen effizienter zu verarmen als Griechenland? Keine Frage, Deutschland hat schon immer eine Altersarmut besessen und in letzter Zeit wurde diese ordentlich ausgebaut. Aber das griechische Renten- und Lohnniveau- sowie die Beamtengehälter liegen alle deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Auch ein 14. Monatsgehalt der StaatsdienerInnen macht bei einem Durchschnittslohn von 1.200 € im öffentlichen Dienst und durchschnittlichen Lebenshaltungskosten, die nur leicht unter den deutschen liegen, das Leben nicht einfacher, wenn wegen der hohen Arbeitslosigkeit von diesem Gehalt zudem in der Regel noch mehrere Familienmitglieder unterhalten werden müssen (Der herkömmliche Lohn jenseits des Staatssektors beträgt dagegen je nach Branche und Region zwischen 700 und 1000 €). Das ist auch der Grund dafür, warum sich die meisten GriechInnen darum kümmern müssen, neben dem offiziellen Job hie und da noch was dazuzuverdienen – selbst ÄrztInnen. Daher ist der folgende Hinweis der BILD zwar zur Hälfte vielleicht richtig, aber kein guter Beitrag zur Klärung der Verschuldungskrise:

Sitte und Korruption

„Hier muss niemand tausend Euro Schmiergeld zahlen, damit er rechtzeitig ein Bett im Krankenhaus kriegt.“

Die Sitte, bei jeder Geschäftsgelegenheit neben dem offiziellen Preis noch mal ein gesondertes „Dankeschön“ abdrücken zu müssen, ist wohl in Griechenland weiter verbreitet als in Deutschland. Der Grund dafür liegt ja gerade darin, dass auch 14 Monatsgehälter nicht mal zum schlichtesten Leben reichen und damit der flächen-

Eine private Krankenversicherung ersetzt hier für diejenigen, die es sich leisten können, das Schmiergeld.

deckende Anreiz besteht, Zusatzverdienste einzustreichen. Korruptionsskandale gibt es in der BRD auch immer wieder. Wenn sie aufgedeckt werden, zeigt sich z.B., dass halbwegs gut bezahlte PolitikerInnen einen Millionenbetrag von einer Baufirma angenommen haben. Hier ist die Aussicht, von der Einkommens-Mittelklasse in die Oberklasse zu gelangen, der Grund für die Korruptionsbereitschaft der PolitikerInnen. Genau deswegen werden Staatsangestellte

ein wenig besser gestellt als der Rest, um so besser, je mehr die Machtbefugnisse reichen. Der Staat will damit einigermaßen sicherstellen, dass die StaatsdienerInnen auch das tun, was das Gesetz vorsieht und nicht ihre Machtbefugnisse für Privatmanöver aller Art ausnutzen. Wenn in einem Land, wie Griechenland scheinbar Schmiergelder mehr die Regel sind, zeigt das doch nur, dass der Staat sich die Loyalität nicht im entsprechenden Umfang erkaufte, weil er es sich selber nicht leistet. Das Verhältnis der Korruption wird von der BILD-Zeitung auf den Kopf gestellt: Sie sagt, dass die

Korruption der Grund dafür sei, dass die griechische Wirtschaft nicht entsprechend flutscht. Die Wahrheit ist, dass sich die Korruption dort um so mehr breit macht, wo die Wirtschaft nicht so flutscht.

Noch ein kurzer Hinweis: Korruption als Ausdruck von nicht-gesetzlich vorgesehenen Einnahmen mag es in den deutschen Krankenhäusern noch nicht so umfangreich geben. Natürlich weiß aber heutzutage jeder Mensch, dass die norma-

le Krankenversicherung eine ordentliche Behandlung nicht mehr gewährleistet. Eine private Krankenversicherung ersetzt hier für diejenigen, die es sich leisten können, das Schmiergeld.

Interessierte Falschaussage zum Thema Schuldendienst

„Deutschland hat zwar auch hohe Schulden – aber wir können sie auch begleichen.“

Dieser Satz soll die Staatsverschuldungskrise Griechenlands erklären und ja nicht einfach die Tatsache feststellen, dass Griechenland derzeit Probleme hat und Deutschland nicht. Deutschland hatte zum Beginn der Staatsschuldenkrise 2009 einen absoluten Schuldenstand von ca. 1700 Mrd. Euro. Griechenland hatte ca. 300 Mrd. Euro Schulden. Jährlich muss ein Teil dieser Schulden bezahlt werden. Weil es auch Staatsanleihen mit längeren Laufzeiten gibt, müssen also nicht jährlich alle Schulden zugleich zurückbezahlt werden. So musste z.B. im Jahr 2009 alleine der Bundeshaushalt der BRD ca. 250 Mrd. Euro nur für die bisherigen Schulden bezahlen. Griechenland hat derzeit Probleme, die jährlich fälligen Schulden zu bezahlen. Die BILD-Zeitung tut hier aber so, als wenn Deutschland tatsächlich seine Schulden begleichen könnte, also auszahlen könnte. Das ginge den ganzen Tag nicht, denn, um bei dem Vergleich mit dem Bundeshaushalt zu bleiben: Die gesamten Steuereinnahmen des Jahres 2009 für den Bund betragen ca. 228 Mrd. Euro. Die Staatsschuld „funktioniert“ nur solange, wie die Staaten für die fälligen Altschulden neue Investoren finden, die ihnen das Geld leihen, damit sie die bisherigen Investoren auszahlen können. Im Bundeshaushalt wird dieser Haushaltsposten so bezeichnet: „Schuldentilgung am Kreditmarkt durch Kredite vom Kreditmarkt“. Dass dieses Verfahren für fast jedes Land der Welt so gilt, kann man leicht in den zugänglichen Statistiken im Netz nachschauen.

Das Problem, was Griechenland derzeit hat und Deutschland eben nicht, ist, dass sich nicht genügend Investoren finden, die neues Geld verleihen wollen, damit die alten Schulden bezahlt werden können. Von „Begleichen“ kann also keine Rede sein. Hier wäre ein richtiger Anfangspunkt der Frage gefunden, warum Griechenland Probleme hat: Warum misstrauen die Finanzmärkte ihrer langjährigen Praxis, die fälligen Altschulden von Griechenland durch neues verliehenes Geld fortzuführen? Das ist aber nicht die Frage der BILD-Zeitung, die sie dann so beantwortet:

Schulden und früh aufstehen – Zusammenhang?

„Weil wir morgens ziemlich früh aufstehen und den ganzen Tag arbeiten. Weil wir von unserem Gehalt immer auch einen Teil für schlechte Zeiten sparen. Weil wir fitte Firmen haben, deren Produkte rund um den Globus gefragt sind.“

Wie gesagt, könnte Deutschland mit Steuern auf die privaten Ersparnisse und den Gewinnen der Weltmeister-Unternehmen nie und nimmer seine Schulden zahlen. Von daher ist diese Antwort absurd. Nimmt man die Frage jetzt aber anders: Warum misstrauen die Finanzmärkte Griechenland und nicht Deutschland, dann könnte man sich denken, dass da was dran ist. Es stimmt, Deutschland als Exportweltmeister hat fitte Firmen, Griechenland kaum. Die BILD-Zeitung legt nahe, das liege daran, dass Menschen hier in Deutschland mehr und



länger arbeiten, die GriechInnen dagegen einfach faul sind. In der Zusammenstellung der BILD-Zeitung ist wieder alles auf den Kopf gestellt: Erstens liegt es in der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt nicht im Willen der Menschen zu arbeiten oder auch intensiv oder lange zu arbeiten. In Deutschland gibt es zig Millionen Arbeitslose, die von Hartz IV sehr schlecht leben. Dass diese

Lange und intensiv arbeiten wollen schafft keine fitten Firmen. Fitte Firmen schaffen lange und intensive Arbeitstage.

sich sogar um die 1-Euro-Jobs reißen, der Staat sie dazu gar nicht sonderlich zwingen muss, zeigt, wie verzweifelt die Menschen sich nach jeden zusätzlichen Einkommen strecken wollen. Dieses Wollen der Lohnabhängigen beruht wiederum schlicht auf der hiesigen gesellschaftlich eingerichteten Alternativlosigkeit, sich seinen Lebens-

unterhalt durch nichts anderes als durch Lohnarbeit bestreiten zu müssen. Die Frage in kapitalistischen Gesellschaften ist für die übergroße Mehrheit der Menschen nie, ob sie arbeiten wollen oder nicht, sondern ob ihnen ein Unternehmen eine Beschäftigung anbietet. In dieser Hinsicht sieht es in Griechenland abgesehen von Tourismus, ein paar Werften und dem Staatssektor einfach mau aus, sie haben keine fitten Firmen. Sind Arbeitsplätze vorhanden ist es in Griechenland wie in Deutschland dasselbe: Keine LohnarbeiterInnen handelt mit dem Unternehmen aus, wie lange und wie intensiv sie bzw. er rangenommen wird. Das definieren die Unternehmen vorweg, bieten einen fertig eingerichteten Arbeitsplatz an und warten, wer da kommt. In der Regel haben sie dabei nie das Problem eines mangelnden Angebots an willigen LohnarbeiterInnen. Und ist der Vertrag erst einmal unterschrieben, dann ist es wiederum das Management, das Überstunden fordert oder das Fließband schneller stellen kann. Hier am letzten Punkt ist die Absurdität der BILD-Zeitung perfekt: Als wenn bei VW und BMW in ihren Maschinenparks irgendetwas von der individuellen Leistung der ArbeiterInnen abhängig gemacht würde. Die Unternehmen haben sich durch die Maschinen davon unabhängig gemacht und die ArbeiterInnen müssen sehen wie sie damit zurechtkommen. Lange und intensiv arbeiten wollen schafft keine fitten Firmen. Fitte Firmen schaffen lange und intensive Arbeitstage.

Fitte Firmen zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich gegen andere fitte Firmen in der Konkurrenz um die globale Nachfrage behaupten können und die nicht so fitten Firmen nieder konkurrieren. Die deutschen Exportweltmeister füllen ja auch die griechischen Warenhäuser, was als Tatsache nur ausdrückt, dass sich in Griechenland niemand gegen diese starken Konkurrenten durchsetzen konnte. Insofern ist Griechenland ein Verlierer des europäischen Binnenmarktes im Besonderen und der weltweiten Konkurrenz im Allgemeinen. Um heute eine

fitte Firma zu gründen, braucht es Unsummen an Geld. Nicht weil die Löhne so hoch wären, sondern weil man vergleichsweise produktive Maschinenparks hinstellen muss. Daran entscheidet sich hauptsächlich, wer Gewinner ist und wer Verlierer. Als erstes braucht ein Land oder seine Unternehmen ordentliche Geldmassen, um

eine Produktionsstätte aufzustellen, in der dann die LohnarbeiterInnen hart, lange und intensiv arbeiten dürfen. Erst mit dieser entscheidenden Bedingung – viel Geld für eine moderne Produktionsstätte – kommt es dann im zweiten Schritt darauf an, diese durch viel und intensive Arbeit zu betreiben, damit der Erfolg in der Konkurrenz gesichert wird. Nicht die Arbeitsleistung ist die entscheidende Waffe in der kapitalistischen Konkurrenz, sondern die Geld- bzw. Kapitalmassen. Wenn die gegeben sind, kommt die nötige Arbeitsleistung fast von alleine.

Diese Kapitalmassen gab es in Griechenland bis zum Eintritt in die Europäische Gemeinschaft 1981 gar nicht. Griechenland hat sich vom Beitritt versprochen, so an Kapitalmassen zu kommen. Ein paar Investoren sind ja auch hingegangen, ein paar Transferleistungen hat Griechenland auch bekommen. Ein wenig hat sich was entwickelt. Vor allem aber der Beschluss 2001 in der Euro-Zone mitzumachen, hat Griechenland dann erst das Vertrauen der Investoren und damit den Kredit verschafft, der sich bis heute angesammelt hat. Die Hauptsummen wurden aufgenommen, um eine Entwicklung in Griechenland zu fördern. Die hat sich nicht eingestellt und das ist recht einfach zu erklären:

Wenn Griechenland seine nationale Wirtschaft mit Staatskredit in Höhe 200 Mrd. Euro versucht aufzupäppeln, muss man sich nicht wundern, dass der Exportweltmeister Deutschland mit seinem Staatskredit von 1500 Mrd. Euro, seine Wirtschaft noch besser aufpäppelt und die Konkurrenz der Standorte dann sachgerecht Verlierer und Gewinner schafft.

Welche Fragen wären zu klären?

Damit ist die Griechenland-Krise aber noch nicht erklärt. Die Hauptschuldenlast wurde über die Jahre angesammelt, nicht erst 2009. Griechenland versuchte, mit diesen Krediten die Grundlagen dafür zu schaffen, dass eine kapitalistische Entwicklung entstehe. Das hat nicht geklappt. Der Staat ist der Hauptarbeitgeber geblieben, nicht die Privatwirtschaft. Warum sind die Investoren dann ausgerechnet jetzt erst so verunsichert ob der Güte der griechischen Staatsschuld? Dass Griechenland die Kriterien der EU nicht eingehalten hat und bei den alljährlichen Reports sogar etwas geschummelt hat, also buchhalterisch kreativ geworden ist, ist ebenfalls lange Jahre bekannt. Weiter war Griechenland ja scheinbar erst der Anfang und weitere Euro-Staaten geraten unter Druck. Könnte es daher nicht sein, dass nicht der Euro das Opfer von Griechenlands Staatsverschuldung ist, sondern umgekehrt Griechenland das Opfer des Euros? Dies versucht Junge Linke in einer Broschüre zu erklären (Staatsverschuldung und die Krise im Euroraum – siehe www.junge-linke.org). Dort wird gezeigt, warum die EU-StaatschefInnen eine solche Härte gegen Griechenland bzw. gegen die dortige Sozialpolitik einfordern. Die Phantasie der deutschen Presse in Sachen Grausamkeiten für die griechische Masse an Lohnabhängigen unterscheidet sich dabei nicht von der der PolitikerInnen. Letztere haben nur einen ganz anderen Grund – die Rettung ihrer Euro-Konstruktion.

Fazit

Als Fazit der BILD – aber auch der allgemeinen deutschen Pressehetze kann man festhalten:

Sie stellt das Verhältnis von dem, was der Staat und die Wirtschaft den Arbeitenden abverlangt und was Letztere deswegen wollen müssen, auf den Kopf.

Sie stellt das Verhältnis von erfolgreich Reichtum vermehren und Schulden machen auf den Kopf.

Sie tut so, als wäre die ganze Sache eine individuelle Fehlleistung des griechischen Staates, der seine BürgerInnen nicht genug drangsaliert hätte.

Sie agitiert ihre LeserInnen für eine unerbittliche Härte gegen die griechischen Lohnabhängigen. Dabei wuchert sie mit der Armut, die die BRD und ihrew Unternehmen hier in Deutschland hergestellt haben. Sie spekuliert darauf, dass die LeserInnenschaft stolz auf ihre Armut ist, weil sie dabei arm, aber insgesamt erfolgreich sei.

Das geht nur, weil sie sowohl im Falle Griechenlands als auch im Falle BRD immer von einem „Wir“ bzw. „Die“ reden. Dabei ist es erst einmal der Staat, der Schulden hat und nicht die Lohnabhängigen. Dabei ist es der Staat, der beschließt, wie stark er bei den Steuern zulängt oder nicht – und nicht die SteuerzahlerInnen. Dabei sind es die Unternehmen, die erfolgreich wachsen in der globalen Konkurrenz, während die LohnarbeiterInnen ständig einzusehen haben, dass ihr Lohn zu hoch ist – in der BRD wie in Griechenland.

Junge Linke gegen Kapital und Nation

Regelmässige Diskussionsveranstaltungen in Berlin,
Bremen, Hannover, London, Nürnberg, Salzburg

Texte und Veranstaltungen zu den Themen

- Biologismus
- EU und Europäischer Nationalismus
- Faschismus
- Gesundheits- und Drogenpolitik
- Internet
- Kapital und Lohnarbeit
- Krieg und Frieden
- Kritik der Linken
- Nation und Nationalismus
- Rassismus und Antisemitismus
- Realsozialismus
- Religion
- Schule und Bildung
- Sexismus
- Staatstheorie



www.junge-linke.org

Falken Erfurt

Die Falken sind ein Versuch des Ausbruchs. Ausbruch aus dem stumpfen Alltag in Schule, Betrieb und Uni. Wir wissen, dass es in dieser Gesellschaft keinen Trost gibt, aber wir versuchen gemeinsam Solidarität in der Trostlosigkeit zu organisieren.

Die Falken sind ein Versuch der Kritik. Kritik an einer Gesellschaft, an der wir keinen so rechten Spaß finden können und die endlich auf den Müllhaufen der Geschichte gehört. Wir diskutieren, wir denken nach, wir lachen nicht zu knapp, aber es ist uns damit verdammt ernst.

Wir organisieren Zeltlager, Gedenkstättenfahrten, Seminare und Gruppenarbeit. Wenn Du mehr über uns wissen möchtest oder Interesse daran hast, Dich mit uns zu organisieren und meinst, Du hast dazu etwas beizutragen: Schreib uns oder komm vorbei.



<http://falken-erfurt.de>

Basisgruppe Gesellschaftskritik Salzburg [geskrit]

Nur wer die Verhältnisse verstanden hat, weiß, wie sie zu ändern sind.

Über die herrschenden Zustände zu jammern, ist das eine; sie sich zu erklären, das andere. Wir haben uns zu zweitem entschieden, denn wir sind der Meinung: Nur wer die Verhältnisse verstanden hat, weiß, wie sie zu ändern sind. Das heißt, wir leisten als Basisgruppe Gesellschaftskritik zuallererst theoretische Arbeit.

Des Weiteren versuchen wir, unsere Erkenntnisse unters „Volk“ zu bringen. Dazu veranstalten wir Diskussionsabende und Workshops zu verschiedenen Themen.

<http://geskrit.wordpress.com/>

